



Redaktion	2
Anschriften der Mitarbeiter	2

Politik	
Stocker: Die Industrialisierungs- bestrebungen	3
Fiedler: Faschismus	4
Stocker: Tiroler Politik (ku klux klan)	8 7
Basisgruppe KVV	9

Glosse - Lyrik	
Alton X	13

Bildung Hochschule	
Messner: Böses Lesebuch	15
Stocker : Universität (natürliche reife)	17 16
Alton : Oberschulen	18

SH- Nachrichten	
Tappelner: Aus der Tätigkeit der SH	19

Statistik	21
------------------	----

Promotionen	22
--------------------	----

skolast

mit dieser nummer erhält der „skolast“ einen neuen verantwortlichen direktor. wir danken dr. hans benedikter, der trotz seiner stellung in der svp über längere zeit dieses wenig lohnende amt innehatte. es hat ihm sicher manche schwierigkeit eingebracht.

da wir ihm nicht zumuten können, wegen uns seine parteikarriere aufs spiel zu setzen, sind wir seinem wunsch, ihn zu ersetzen, gern nachgekommen. sein nachfolger heißt walter fill.

die redaktion

ANSCHRIFTEN DER MITARBEITER:

Martin ABRAM, 39100 Bozen, Fagenstraße 19

Christian ALTON, 39012 Meran, St. Franziskusstraße 3

BASIS-GRUPPE PADUA, 35100 Padua, c/o SH,
Via Carlo Dottori 4

Florian FIEDLER, D-6 Frankfurt am Main,
L. Landmannstraße 314/c/309

Helmuth MESSNER, 39040 St. Peter-Villnöß, Nr. 74

Dr. Konrad RAINER, 39100 Bozen, Brennerstraße 2

Emil STOCKER, 39012 Meran, Schwimmschulstraße 10

Walter TAPPEINER, 39042 Brixen, Fischzuchtweg 2

Die Industrialisierungsbestrebungen nach der „Continental“-Entscheidung

Nachdem die Landesregierung beschlossen hat, den Vertrag mit der deutschen Firma „Continental“ zwecks Errichtung eines Zweigwerkes zur Herstellung von Kraftwagenreifen in Albeins bei Brixen zu unterzeichnen, könnte man vielleicht meinen, daß die Aufgabe des Landes hiernach und nach der schon erfolgten Bereitstellung der Baufläche im wesentlichen erschöpft und daß der wirtschaftliche Aufschwung Brixens gesichert sei.

Dem ist höchstwahrscheinlich nicht so. Gerade der zuweilen höchst spannende Kampf um diese Vertragsunterzeichnung dürfte besonders im Brixner Raum eine Menge von industrie-feindlichen Vorurteilen gesät haben, so daß die Frage der Heranbildung einer Werksbelegschaft sehr schwer zu lösen sein könnte. Der Sprung von der bäuerlichen in die Industriegesellschaft, vom Kleinbetrieb zum Großbetrieb ist nämlich keineswegs bereits mit der Anwerbung vollzogen. Er bedarf wohl einer viel längeren Zeit der Anbeziehungsweise Umgewöhnung. Ausländische Betriebsleiter dürften zunächst einmal keinen Grund zu einer übermäßigen Begeisterung finden. Damit hier keine niederschmetternden Fehler begangen werden, wird das Land vielleicht gut daran tun, diese Angelegenheit so lange helfend und unterstützend im Auge zu behalten, bis die Betriebsleitung und die Arbeiterschaft ein genügendes Gefühl für Zusammengehörigkeit und für gegenseitige Rechte und Pflichten entwickelt haben.

Es könnte sein, daß die Anwerbung von Arbeitern gerade in der nächsten Umgebung auf Schwierigkeiten stößt, abgesehen vielleicht von den bereits bei einheimischen Kleinbetrieben Beschäftigten. Man wird möglicherweise die Anwerbung in anderen Teilen Südtirols unterstützen müssen, so daß der Wohnungsbau eher als erwartet wird in Angriff genommen werden müssen. Wenn es sich auch nicht ganz vermeiden lassen wird, wäre es bedauerlich, wenn der fort-dauernde Widerstand zur Folge hätte, daß gerade die weniger Begüterten aus Brixen und Umgebung zuletzt zu etwas Wohlstand kommen.

Jede Neuanschaffung stört die alte Ordnung. Es ist ganz selbstverständlich, daß man auf Widerstand stößt. Andererseits ist die laufende Abwanderungswelle ein Zeichen eines schweren wirtschaftlichen Unwohlseins. Will man ihr begegnen, braucht es viele neue Arbeitsplätze in Südtirol, die auf dem kleinen so nutzbaren Raum einen hohen Mehrwert einbringen. Das kann nur die Industrie in der Gegenwart und in der deutlich voraussehbaren Zukunft gewährleisten. Es ist nur zu hoffen, daß der Widerstand, der sich deshalb verurteilt, weil er nie eine aus gesamt-südtiroler Sicht tragbare Austauschlösung vorschlagen konnte, nicht so mächtig wird, daß er die dringend notwendige rasche Anhebung der Durchschnittslöhne allzusehr hinauszögert. Das gilt auch für Lana, wo die Gefahr besteht, daß man sogar Südtiroler Arbeiter in der Heimat arbeitslos macht. Erst wenn die Löhne in Südtirol weniger nachhinken, kann eine ebenso dringend notwendige Förderung des bodenständigen Unternehmertums, das zumeist langsam aus Kleinstbetrieben herauswächst, zweckmäßig unternommen werden, auch und besonders im Raume von Brixen.

Hier gäbe es sogar eine nützliche allgemein-gesellschaftliche Rolle für die Gewerkschaften, wenn sie sich vielleicht etwas mehr als bisher nicht nur für höhere Löhne einsetzen, sondern auch für die Voraussetzungen, damit diese höheren Löhne gezahlt werden können. Wer die Südtiroler Volksgemeinschaft im Lande erhalten will, kann (u.) keinen Fall unter dem Schlagwort der Erhaltung und Förderung des Gebietes als Erholungsraum alles in den Dienst des Fremdenverkehrs stellen. Kann man vernünftigerweise wollen, daß gar z. Südtirol zum Naturschutzgebiet erklärt wird, oder soll das Land, nachdem es von weit über hunderttausend Südtirolern verlassen worden ist, von Millionen und Millionen von Gästen zertrampelt werden?

Selbstverständlicherweise hat der Fremdenverkehr nach wie vor auch in einer zeitgerechten Südtiroler Wirtschaft eine gewichtige Rolle zu spielen, da für weite Gebiete des Landes keine ebenso gute Einkommensaufbesserung möglich erscheint. Als ein Wirtschaftszweig, der verhältnismäßig wenig Arbeitskräfte auf einer gegebenen Fläche unmittelbar und mittelbar zu beschäftigen vermag, müßte es eigentlich ein recht verstandenes Anliegen des Fremdenverkehrs-gewerbes sein, daß die notwendigen anderen hochwertigen Arbeitsplätze auf einer verhältnismäßig kleinen Fläche untergebracht werden. Vor den Anliegen des Fremdenverkehrs kommen nämlich die allgemeinen Belange des Südtiroler Volkes, das zunächst einmal ein Recht auf Arbeit und auf einen angemessenen Wohlstand in der Heimat hat. Sollte der Hotelier- und Gastwirtsverband das nicht einsehen wollen und vermessene Ansprüche stellen, die ihm etwa mehr Einfluß als den Gewerkschaften einräumen sollen, wird er entschieden in seine Schranken gewiesen werden müssen. Im schlimmsten Falle dürfte man sogar an eine Vergemeinschaftung der Betriebe denken. Der Besitz hat nämlich nur im Dienst des Gemeinwohls einen Sinn.

Das gilt auch für gewisse Bauern. Das Lanaer Industriegebiet wird sicher erweitert werden müssen und die diesbezüglichen Verhandlungen mit der Heeresbehörde mögen so rasch als möglich eingeleitet werden. Auch werden die Entfaltungsmöglichkeiten des „Margesin“-Spritzmittelherstellungsbetriebes im Industriegebiet besser als am gegenwärtigen Standort in Niederlana gewährleistet sein. Man könnte daher vom Land verlangen, daß diesem Betrieb mindestens dieselben Bedingungen eingeräumt werden, die er im Falle einer vom Südtiroler Standpunkt aus widersinnigen Umsiedlung nach Florenz vorfinden würde. Anstatt aber bereits aufbauwillige andere einheimische Betriebe zu benachteiligen und das Ergebnis der sicher langwierigen Verhandlungen mit der Heeresbehörde abzuwarten, könnte das Land nicht einfach eine entsprechende landwirtschaftliche Fläche im Anschluß an das bereits ausgebuchte Gebiet im Zuge der Überarbeitung des anscheinend völlig durcheinandergebrachten Bebauungsplanes der Gemeinde auf Industriefläche von Amts wegen umwidmen?

Wann wird in diesem Zusammenhang endlich einmal eine gut befahrbare schnelle Verbindung der Deutschsönsberger Gemeinden Laurein und Proveis mit der Gampenstraße hergestellt? Vielleicht mag man sich Gedanken darüber machen, daß im Brixner Industriegebiet das Schwergewicht hauptsächlich auf eine ausländische Firma fällt, während im Lanaer Industriegebiet stark die bodenständigen Betriebe zum Zug kommen. Man könnte dabei zum Schluß kommen, daß gewollt oder ungewollt, das Richtige geschehen ist. Das bringt aber die Landesraumordnung noch mehr als bisher ins Spiel. Jeder, der das wirtschaftliche Geschehen in der Heimat verfolgt hat, weiß, daß die Industrieförderung nicht ein plötzlicher Einfall einiger Herren war, sondern das Ergebnis einer langjährigen, durch viele versäumte Gelegenheiten gekennzeichneten Erfahrung. Dieses Ergebnis kann nicht so ohne weiteres als falsch abgetan werden, besonders dann nicht, wenn man selber nichts Besseres mit ebensolcher Genauigkeit weiß.

Es mag einen fernern wundern, wieso das Landesassessorat für Landesraumordnungsplanung während des ganzen „Continental“-Streites durch Schweigen geradezu gegläntzt hat. Dazu scheint es nur zwei mögliche Erklärungen zu geben: Entweder das Assessorat kümmert sich nicht um die Landesraumordnung oder es tut alles, um eine vernünftige Landesraumordnung zu verhindern. Beide Vermutungen werden durch die unvorstellbare Geheimhaltung der zu einer sachlichen Auseinandersetzung notwendigen Zahlen erhärtet. Steckt nicht starre Industrie-feindlichkeit hinter den neuerdings wieder hervorge-rufenen Schwierigkeiten im Gemeinderat von Auer? Ebenso mag es als erwiesen gelten, daß bis vor kurzem eine wirklichkeitsfremde

Landesraumordnungsplanung Auswanderungsförderung betrieben hat. Das muß aufhören. Hier scheinen unwägbare Änderungen an der Spitze dringend notwendig, zumindest in der Gesinnung, wenn nicht in der Person. Vielleicht ergibt sich eine Gelegenheit hierzu bei der Aussprache über den schon überfälligen nächsten Entwicklungsplan. Glücklicherweise gibt es für den fleißigen Beobachter auch andere Zahlenquellen.

Am 9. Oktober fand in Brixen eine „Großkundgebung“ gegen die Continentalansiedlung statt. Zur ursprünglich festgesetzten Zeit war am Sportplatz hinter dem Schwimmbad nur die Polizei anwesend, während sich in der Stadt Zuschauer sammelten. Schließlich kamen doch Leute, die sich eigentlich nur anschließen wollten, sodaß die Veranstaltungsleitung den Zug zusammenstellen konnte. Die Leute, die am Weg standen, weigerten sich zu kommen. Beim Abmarsch zählte der Verfasser dieser Zeilen 420 Leute, meist offensichtlich aus wohlhabenden Kreisen. Er zählte den Zug, der sich zwischen schweigenden Zuschauermengen fortbewegte, noch einmal beim Erhardskirchlein, also nach drei Viertel Weg. Er kam bis 630. Am Domplatz mögen es dann etwas über 2000 Leute gewesen sein, davon etwa die Hälfte Zuschauer, die sich nicht einmal zur Begeisterung hinreißen ließen, als eine Gruppe von jungen Leuten Hornn Rechtsanwalt Dr. Hugo Gamper die willkommene Gelegenheit bot, sichere Volkstumsschlager anzubringen.

Das Bedauerliche an der ganzen Angelegenheit ist es eben, daß die Veranstalter überhaupt vor allem die völkischen Gefühle ansprachen. Jede der bescheidenen Tatsachen, die sie brachten, war entweder falsch (Hilfsarbeiter) oder leicht zu widerlegen (siehe VOLKSBOTE vom 14.10.71). Wo aber das deutsche Volkstum gegen jede Sachlichkeit hochgespielt wird, ist ein entsprechendes Hochspielen des italienischen Volkstums unausbleiblich. Das ist in einem zweisprachigen Land unverantwortlich.

Gerade diese Angelegenheit zeigt, daß sich um den ehrenwerten Herrn Senator Dr. Peter Brugger und die Herren Benedikter, Ebner und Gamper eine Gruppe gebildet zu haben scheint, die im Zeichen des Volkstums jeden gesellschaftlichen oder Bildungsbelang hintanstellt. Wenn sie sich die Macht in der Volkspartei erringen kann, ist es ihr nur dann möglich, die Einheit der Südtiroler Volksgemeinschaft zu bewahren, wenn es ihr noch vor den nächsten Wahlen gelingt, durch rücksichtslose, heraufbeschworene Gewaltanwendung plumpe Unterdrückungsmaßnahmen der italienischen Staatsgewalt zu verursachen.

Ein ganz harmloses Vorspiel dessen, was geschehen müßte, ist die rücksichtslos völkische Hochspielung der Belange des Weißen Kreuzes durch das Tagblatt der Südtiroler gewesen. Monatlang wurden die Rettungswagen des Weißen und des Roten Kreuzes durch falsche Unfallmeldungen umsonst durch die Gegend gejagt. Überhaupt ist seit einem Zeitpunkt, der so ungefähr mit der Rückkehr eines ehemals ausgewiesene Schriftleiters zusammenfällt, das Tagblatt DOLOMITEN zu einer äußerst parteiischen Haltung übergegangen, so daß es einen beträchtlichen Teil der Südtiroler Ereignisse entweder übergeht oder bis zur Unkenntlichkeit verzerrt. Diese Nichtachtung der Berichterstattungspflicht macht es für einen Südtiroler, der sich um das Geschehen im Lande kümmert, notwendig, den ALTO ADIGE und den L'ADIGE in italienischer Sprache zu lesen, da die deutsche Seite des ALTO ADIGE zu klein ist, um die DOLOMITEN-Lücken auszufüllen. Nach einem vielversprechenden Anfang tut die TIROLER TAGESZEITUNG noch weniger. Für einen Beobachter mag es sonderbar sein, daß das Tagblatt der Südtiroler damals, als es noch zu einer ansatzweise sachlichen Berichterstattung bereit war, von überallher angegriffen wurde, während man die heutige Lage ohne weiteres als selbstverständliche Gegebenheit annimmt und sich sogar davon beeinflussen zu lassen scheint.

Emil Stocker

Faschismus in Südtirol und anderswo

Ein Aufsatz von Florian Fiedler, 3. Teil

Faschistoide Politik in Südtirol.

Drei Beispiele sollen das Gesagte an Südtirol noch einmal verdeutlichen. Die Volkspartei, die Presse und die von ihnen vermittelten Kategorien repressiver Moral sollen untersucht werden. Die Oberflächlichkeit, mit der das hier geschieht, soll nicht verschleiern, daß gründlichere Analysen unbedingt erforderlich sind. Vor allem dann, wenn man davon ausgeht, daß vernünftige Praxis nur in Verbindung mit kritischer Theorie sich verwirklichen läßt. In faschistischen Verhältnissen jedoch ist vernünftige Praxis die, die den Widerspruch an seiner Wurzel löst. Reaktionärer Politik muß radikale Aufklärung und revolutionäre Praxis entgegenwirken:

„Die Menschen waren in der Politik stets die einfältigen Opfer von Betrug und Selbstbetrug, und sie werden es immer sein, solange sie nicht lernen, hinter allen möglichen moralischen, religiösen, politischen und sozialen Phrasen, Erklärungen und Versprechungen die Interessen dieser oder jener Klassen zu suchen. Die Anhänger von Reformen und Verbesserungen werden immer von den Verteidigern des Alten übertölpelt werden, solange sie nicht begreifen, daß sich jede alte Einrichtung, wie sinnlos und faul sie auch erscheinen mag, durch die Kräfte dieser oder jener herrschenden Klasse behauptet. Um aber den Widerstand dieser Klassen zu brechen, gibt es nur ein Mittel: innerhalb der

uns umgebenden Gesellschaft selbst Kräfte zu finden, aufzuklären und zum Kampf zu organisieren, die imstande und infolge ihrer gesellschaftlichen Lage genötigt sind, die Kraft zu bilden, die das Alte hinwegzufegen und das Neue zu schaffen vermag.“ Lenin (1)

Die gesellschaftliche Entwicklung vollzieht sich stets in der Dynamik des Klassenkampfes. Die Klasse, die sich revolutionär gegen die bis dahin herrschende durchgesetzt hat, übernimmt die Herrschaft. Ihr Bestreben ist es nun, diese neu errungene Position auszubauen und zu festigen. Im Falle einer Revolution des Proletariats würde diese Herrschaft Freiheit bedeuten, weil sie nicht auf der Unterdrückung irgendwelcher menschlicher Möglichkeiten beruht. Die bürgerliche Klasse, die sich in ihrer Revolution gegen den Feudalismus durchgesetzt hat, beruhte jedoch seit jeher auf der Unterdrückung der Arbeiterklasse. Der Ausbau und die Festigung ihrer Herrschaft ist gleichzeitig der Ausbau und die Festigung der Unterdrückung. Das Drängen der Widersprüche zu ihrer Auflösung, das den geschichtlichen Prozeß erst in Gang setzt und hält, führt zu Konflikten, die die Herrschaft der bürgerlichen Klasse bedrohen. Um diese Konflikte zu entschärfen, hat die bürgerliche Klasse Institutionen geschaffen, in die der Konflikt verlagert wird. Sie täuschen die Freiheit vor, jeder könne seine Interessen geltend machen. So schaffen sie die Kompromißbereitschaft, die den Arbeiter in der Fabrik für den Profit der Kapitalisten arbeiten läßt und ihm noch den Eindruck verleiht, er könne über reformistisch orientierte Gewerkschaften seine Rechte geltend machen und in der

betrieblichen Mitbestimmung an den Entscheidungen über die von ihm produzierten Güter teilhaben. Die Schaffung eines ruhigen Arbeitsklimas im Dienste der Ausbeutung ist die Aufgabe der Gewerkschaften, die das Ganze nicht in Frage stellen, sondern sich mit kleinen Zugeständnissen zufriedengeben.

Im Großen garantieren parlamentarische Institutionen die soziale Ruhe. Der Konflikt zwischen den Herrschenden und den Beherrschten wird nicht dort ausgetragen, wo er zutage tritt: In der Produktion und Konsumtion. Vielmehr muß, gerade im Interesse der Profit bringenden kapitalistischen Produktion, die Zusammenarbeit der Beherrschten mit den Herrschenden gewährleistet werden. Der Widerspruch jedoch zwischen den gesellschaftlichen Produktivkräften und der privaten Aneignung der Produkte, der sich im gesamtgesellschaftlichen Leben niederschlägt, macht eine gewaltfreie Zusammenarbeit unmöglich. Die Konflikte müssen also, da ihre Austragung den Interessen der Herrschenden nicht entspricht, entweder scheinbar gelöst oder gewaltsam unterdrückt werden. Parlamentarismus ermöglicht den ersten Weg, Faschismus ist der zweite. Daß sowohl der eine wie der andere die Interessen der bürgerlichen Klasse vertritt, ist die Ursache dafür, daß die Unterdrückung, wenn auch in mehr oder weniger brutaler Form, allemal erhalten bleibt. Die Auflösung der Widersprüche ist nur im Sozialismus möglich, seine revolutionäre Verwirklichung ist zum Lebensbedürfnis geworden für die Masse der Ausgebeuteten. Die Tatsache, daß sich ein Teil dieser der eigenen Situation noch gar nicht bewußt geworden ist, spricht nicht gegen die Arbeiterklasse, sehr wohl aber für die Notwendigkeit, kapitalistischer Manipulation endlich radikal entgegenzuwirken, die es sogar zustande gebracht hat, die Menschen ihren eigenen Bedürfnissen zu entfremden.

(1) W.I. Lenin, Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus, S. 9. In: Über Hegelsche Dialektik, Universal-Bibliothek Reclam, Leipzig 1970

Einparteiensystem und parlamentarische Demokratie.

Um Konflikte tatsächlich unschädlich machen zu können, bedarf der Parlamentarismus der Parteien. Eine jede von ihnen soll die Interessen einer bestimmten Gruppe der Gesellschaft wahrnehmen. Die Gruppen, die sich in ihren Interessen von den Parteien vertreten glauben, verzichten nun darauf, ihre Rechte tatsächlich durchzusetzen. So wird eine politisch indifferente Masse entstehen, die nur all vier Jahre aktiv wird, um bei den Wahlen das parlamentarische Spiel zu bestätigen. Die Parteien selbst haben teil an der Herrschaft und wichtig ist ihnen nicht mehr die Interessenvertretung, sondern vielmehr ihr Stimmenanteil. Um von möglichst vielen gewählt zu werden, verlieren die Parteien immer mehr ihren politischen Charakter, ihre Programme werden einander immer ähnlicher, es werden nicht mehr Gruppeninteressen vertreten, sondern allgemeine, was in einem Staat, der sich in der Hand der bürgerlichen Klasse befindet, heißt, daß die Interessen der Unterprivilegierten nicht mehr vertreten werden. Gleichwohl wird diesen vorgetauscht, sie könnten unter den vielen Parteien genau diese wählen, die ihre Rechte zu verwirklichen sucht. Im Parlament jedoch geht es nicht mehr um politische Alternativen, sondern nur mehr um die prozentuelle Aufteilung der Macht. So ist jede Partei, die als parlamentarische sich gebildet hat, dazu verurteilt, im Dienste des Kapitalismus Freiheit vorzutauschen und die Dynamik der Freiheit durch die Unterdrückung des Klassenkampfes zu unterbinden. So enthält der Parlamentarismus in sich schon die faschistische Tendenz, die zur brutalen Unterdrückung einer jeden gesellschaftlichen Bewegung und somit eines jeden gesellschaftlichen Fortschritts im Faschismus selbst führt.

Diese Tendenz tritt noch deutlicher zutage, wenn selbst die Scheinauseinandersetzung zwischen den Parteien nicht mehr stattfindet. Und das ist in Südtirol der Fall. Die geschichtliche Entwicklung, die Südtirol durchgemacht hat, hat einen Nationalismus entstehen lassen, der in der Zeit des manifesten Faschismus bestärkt und in der nachfaschistischen Zeit kaum abgebaut wurde. War Nationalismus einst Waffe gegen den Assimilierungsversuch des faschistischen Italien, so ist er in der veränderten Situation bald zu einem Instrument der Herrschenden geworden. Der Feind war in der Zwischenzeit längst nicht mehr vorhanden. Trotzdem wurde er weiterhin vorgetauscht. Die Tatsache, daß auch in Italien Kräfte stark geworden waren, die sich gegen faschistische Politik stellten, wurde stets verschwiegen. Denn gerade die Parteien, mit denen

die Volkspartei zusammenarbeitete, unterschieden und unterscheiden sich in ihrer Politik kaum von ihren faschistischen Vorfahren. Daß jedoch antibürgerliche Kräfte gegen diese Politik auch auf italienischer Seite ankämpfen, wird in Südtirol verschwiegen. Und muß verschwiegen werden. Denn das Problem ist längst nicht mehr die Konfrontation zwischen zwei verschiedenen Nationalismen, sondern die Konfrontation zwischen Herrschenden und Beherrschten, sei es in Südtirol als auch in Italien. Und erfolgreich kann die Auseinandersetzung nur geführt werden, wenn die Beherrschten beider Sprachen solidarisch gegen die Herrschenden ankämpfen, so wie sich diese längst verbündet haben.

Die Taktik ist leicht durchschaubar: indem der Feind als geeinter dargestellt wird, scheint auch die Einheit in der Abwehr gegen ihn notwendig zu sein. So wird das Entstehen eines Klassenbewußtseins gewaltsam unterbunden und Solidarität im Interesse der Herrschenden beider Seiten unterdrückt: die Einheitspartei ist eine faschistoide Partei. Typisch war ihr Verhalten in der Zeit der größten Spannungen. Die Profite der Unternehmer erlitten keine Schrumpfung und die reichen Bauern bezogen gerade in dieser Zeit bedeutende Subventionen aus Rom. Von denen aber, die aktive Träger der Auflehnung waren, haben sich die, die jahrelang ungestraft gegen den scheinbaren Feind gehetzt hatten und auch jetzt keinen konstruktiven Beitrag zur Entspannung leisten, scheinheilig distanzieren. Der Charakter der Auseinandersetzung zeigt sich in der Rolle, welche die EWG in der Südtirolfrage spielte. Als Italien sein Veto gegen den Beitritt Österreichs zu dieser Vereinigung des Großkapitals geltend machte, gingen die Verhandlungen plötzlich voran. Und das Südtirol-Problem entlarvte sich als ökonomisches, in dem es vor allem darum geht, wer den größten Anteil an der Ausbeutung dieses unentwickelten Landes haben sollte. Und wie alle Parteien, die selbst keinen Klassenstandpunkt einnehmen, leicht zum Spielball fremder Mächte werden, so hat auch die SVP das Spiel mitgemacht. Der Europapreis für Magnago beweist einmal mehr, daß das Südtirol-Problem nicht im Interesse der Südtiroler Bevölkerung, sondern vielmehr im Interesse des europäischen Großkapitals gelöst wurde. Daß Magnago die Zusammenhänge durchblickt hat, soll ihm hier nicht unterschoben werden, wohl aber daß er den Eindruck erweckt, nach gescheiterten Versuchen radikaler Lösung jetzt „mit seiner friedlichen Lösung hausieren“ zu gehen (Frankfurter Allgemeine Zeitung). Seine Haltung symbolisiert die Ratlosigkeit der Führungskräfte unentwickelter Länder im Monopolkapitalismus. Daß sie ihr Volk verkaufen, ist die logische Folge ihres mangelnden Mutes, die sozialistische Alternative zu verwirklichen. Für sie ist die Frage nur, wie und an wen sie es möglichst günstig verkaufen. Südtirol ist zur Ware geworden.

Für jede faschistische Partei ist die innere Einheit ein großes Problem. Parteien, die sich, solange das in den Anfängen des Kapitalismus noch möglich war, auf die Seite einer bestimmten Klasse oder Schicht stellten, hatten in der Vertretung der Interessen ihrer Wähler einen Kristallisationspunkt, der Einheit ohne große Schwierigkeiten entstehen ließ. Eine faschistische Partei jedoch will die Masse vertreten, in der sie verschiedene und sich widersprechende Klasseninteressen einfach unterdrückt. Ein anderer Kristallisationspunkt muß gefunden werden. Er wird geschaffen im äußeren Feind, der manipulativ vorgetauscht wird. So fanden die Nationalsozialisten in Deutschland in den Juden den Feind, gegen den man sich einig stellen muß und in Hitler ihr goldenes Kalb. Für alle Mißstände fand man die Verantwortlichkeit der Juden und unterband so den Gedanken daran, daß die kapitalistischen Widersprüche, die sich im Faschismus extrem verwirklichten, schuld sein könnten am krassen Gegensatz zwischen dem unendlichen Elend der Arbeitslosigkeit und den enormen Gewinnen der großen Unternehmen. Daß auch bei den Juden nur ein Teil auf der begünstigten Seite stand, wurde propagandistisch verschwiegen. Sieht man einmal von den konkreten Inhalt ab, so fällt auf, daß für die SVP die Italiener eine ähnliche Rolle spielen. Die pluralistische Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Parteien, die zu einer Bewußtwerdung der Klasseninteressen führen könnte, wird durch Einheitsparolen angesichts des übermächtigen Feindes unterbunden. Die Möglichkeit einer Identifizierung mit italienischen Parteien besteht für einen Südtiroler kaum, wenn er nicht Gefahr laufen will, von der öffentlichen Meinung das Recht abgesprochen zu bekommen, sich weiterhin Südtiroler nennen zu können. Wer die Möglichkeit auch nur in Betracht zieht, wird des Verrats bezichtigt. Verrat an der gemeinsamen Sache, die

auch hier wieder manipulativ vorgetäuscht wird. Würde man nämlich den Verrat als den bezeichnen, der er ist, dann wäre Verrat in Südtirol begrüßenswert und im Sinne des Fortschritts: Verrat an der repressiven Herrschaft, an den Herrschenden für die Überwindung der Unterdrückung.

Obwohl die Einheitspartei ständig mit einer fiktiven Einigkeit operiert, muß sie andererseits doch der wirklichen Uneinigkeit der Bevölkerung Rechnung tragen. Die Funktion, soziale Bewegung zu unterbinden, kann sie nur erfüllen, wenn alle Schichten sich von ihr vertreten fühlen. Um das zu erreichen, übernimmt die SVP typisch faschistische Modelle: Der Einfluß der organisierten Berufsgruppen, des KVW und anderer katholischer Vereine läßt den Vergleich mit den faschistischen Korporationen einmal formell aufkommen. Inhaltlich wird die formelle Ähnlichkeit bestätigt durch politische Verhaltensweisen, die dem liberalistischen bürgerlichen System fremd und eindeutig den Praktiken faschistischer bürgerlicher Herrschaft entliehen sind. Eine Partei, die in sich alle Interessen sammelt, nach außen aber einzig auftritt, muß an ihren eigenen Widersprüchen scheitern. Denn eine Partei kann nicht zugleich die Interessen der Unternehmer und die der Arbeiter wahrnehmen. Da sie aber ohne die Unterstützung der unterprivilegierten Schichten ihre Herrschaft nicht aufrecht erhalten kann, ergibt sich für sie die Notwendigkeit, die politische Auseinandersetzung auf eine andere als die soziale Ebene zu verschieben. So vertritt die SVP allein die Interessen der herrschenden bürgerlichen Klasse, verdeckt diese Tatsache aber dadurch, daß sie die politische Auseinandersetzung nur im Freund — Feind Verhältnis, im Abwehrkampf Südtirols gegen Italien zuläßt. Die ungelösten inneren Widersprüche jedoch lassen die äußere politische Linie undurchsichtig werden. So wird sie selbst zum Spielball fremder Mächte. Wie einst die faschistischen Parteien sich im Interesse der mittleren Unternehmer gegen die Arbeiterbewegung und gegen die Übermacht des Monopolkapitals gestellt hatten, so sollte auch die SVP die Interessen der Südtiroler bürgerlichen Klasse gegen die Industrialisierung, gegen die Arbeiter und gegen das Großkapital vertreten. Die Nazis konnten die Widersprüche im Innern ihrer Partei nicht lösen und versuchten Klarheit zu gewinnen im Kampf gegen die Juden, schließlich aber gerieten sie in die Macht des Monopolkapitals, gegen das sie sich einst gestellt hatten.

Südtirol hat seinen Feind in den Italienern geschaffen und eine sterile Einheitsideologie erreicht. Wie auch diese zunächst die Interessen des Mittelstandes zu vertreten suchte, um dann den Interessen des europäischen Großkapitals zu dienen, mag der Vergleich zeigen zwischen der Rede Magnagos in Sigmundskron und der bei der Paket-Diskussion in Meran. Im Großen dieselben Argumente, doch im Dienste entgegengesetzter Positionen. Nationalismus kann stets mißbraucht werden. Nur klassengebundene Interessen verschließen sich dieser Möglichkeit. Wer aber seinen Klassenstandpunkt nicht zugeben darf, da er faschistisch Einheit erzwingen will, wird früher oder später selbst das Opfer seiner Taktik.

vgl. zur Faschisierung der parlamentarischen Demokratie:

Johannes Agnoli/Peter Brückner, Die Transformation der Demokratie, EVA Frankfurt a. Main 1968 und F. Neumann, Demokratischer und autoritärer Staat, EVA Basis, Frankfurt a. Main 1971

und zum gesamten Themenkomplex:

H.C.F. Mansilla, Faschismus und eindimensionale Gesellschaft, Sammlung Luchterhand, Neuwied Februar 1971

Faschistoide Massenmedien.

Das liberale bürgerliche System schließt Meinungsfreiheit als einen wesentlichen Bestandteil des Parlamentarismus ein. Denn nur in der politischen Auseinandersetzung zwischen den einzelnen Individuen wird der Eindruck der Freiheit vermittelt, den Parlamentarismus geben muß, um den Klassenkampf durch die fruchtlose Diskussion am runden Tisch zu ersetzen. So kann man davon ausgehen, daß die Öffentlichkeit ein wesentlicher Träger parlamentarisch-demokratischer Ordnung ist. Daraus ergibt sich für die Herrschaft der bürgerlichen Klasse die Notwendigkeit, freie Auseinandersetzung nicht zur zuzulassen, sondern sogar zu fördern. Alternative dazu ist die faschistische Herrschaft, in der die Auseinandersetzung nicht mehr geduldet, sondern die politische Linie von oben festgelegt und aufgezwungen wird. Diskussion verlangt als Voraussetzung die Mög-

lichkeit, verschiedene Standpunkte der Öffentlichkeit darzulegen. Diese ist aber in der Regel so groß, daß sie in persönlichem Kontakt nicht erreicht werden kann. Also bedarf es geeigneter Institutionen, die die öffentliche Auseinandersetzung garantieren. Sonst nämlich bleibt die Freiheit, seine Meinung zu äußern, sie zu diskutieren und allen anderen mitzuteilen, eine Freiheit, von der man keinen wirklichen Gebrauch machen kann. So ist die Mitteilung von Meinungen ein gesellschaftliches Bedürfnis und muß auch gesellschaftlich garantiert werden. Gerade in unseren Tagen ist diese Forderung aktuell. Die wirtschaftliche Konzentration bringt eine Konzentration der Presse mit sich. Um die Monopolisierung der öffentlichen Diskussion zu vermeiden, verlangt man nun die gesellschaftliche Kontrolle über die Massenmedien. Kontrolle nicht im Sinne irgendwelcher Zensur, sondern Kontrolle der Tendenz zur Konzentration der Presse und somit zum Verlust der Vielfalt der Meinungen. Daß jedoch die Kontrolle unter kapitalistischen Bedingungen wiederum von der herrschenden Klasse ausgeübt wird, die kein Interesse hat an der pluralistischen Konstitution der Gesellschaft, weil sie in der Zwischenzeit andere Mittel gefunden hat, die Klassenausensandersetzung zu verhindern, diese Tatsache kann nicht genug berücksichtigt werden. Das trifft auch auf Südtirol zu. Die geringe Größe der deutschen Bevölkerung erlaubt es nicht, Informationsmittel aufzubauen, die verschiedene Richtungen vertreten. Deshalb müßte die vorhandene Presse jedem die Möglichkeit geben, seine Meinung zu äußern. Die einzige Tageszeitung jedoch, die in Südtirol existiert, ist weder von der Gemeinschaft kontrollierbar, noch steht sie im parlamentarischen Sinne allen Meinungen offen. Wollte man jedoch die gesellschaftliche Kontrolle unter den bestehenden Bedingungen verlangen, so hieße das lediglich, die Presse einer anderen Richtung der herrschenden Klasse in die Hand zu geben. Parlamentarische Demokratie ist für die Athesia-Presse die Freiheit, die bedroht ist, wenn man sie verwirklichen will. Verfolgt man nämlich die Berichte über Streiks, so wird man bemerken, daß ein verfassungsmäßig verankertes Recht der Arbeiter für die Dolomiten längst ein Stein des Anstoßes ist. Faschistische Tendenz zeigt sich nicht nur hier. Wird die Forderung nach Befriedigung eines öffentlichen Bedürfnisses, nämlich öffentlicher Diskussion, laut, dann sieht das Tagblatt der (herrschenden) Südtiroler die Pressefreiheit bedroht. Als Beispiel sei die Besetzung der Redaktion im vergangenen Herbst durch Teilnehmer der Südtiroler Hochschulwochen erwähnt, die als Eingriff in die Pressefreiheit verurteilt wurde, während sie gerade Protest war gegen die Unfreiheit der Meinungsäußerung in Südtirol. Hier sieht man klar, was man in bürgerlicher Demokratie

In seiner wander- und heimatsehung vom sonntag, 24. oktober, stellt dr. josef rampold die selbsthilfe der tesselberger jungmänner, die die „heiligenstehler“ vor der kirche abpaßten und „ordentlich verprügelten“, als nachahmenswert hin. mich schmerzen die kirchen-diebstähle wenigstens ebenso wie besagten dr. rampold. aber mir können alle heiligen aus allen kirchen gestohlen werden, bevor ich zuliebe, daß man zur „selbstjustiz“ greift. und dazu wird in dem medium, das in südtirol die größte verbreitung hat zu einer zeit, in der in südtirol die meisten leute zuhören, offen aufgerufen!

christian alion

als Freiheit ausübt: das Recht privater Freiheit dessen, der gesellschaftlichen Reichtum sich in genügendem Ausmaße angeeignet hat.

Dem Monopol machen die übrigen Massenmedien keine Konkurrenz. Der Rundfunk übt strikte politische Enthaltung. Im Unpolitischen glaubt er neutral sein zu können. Daß er aber gerade dadurch, daß er es versäumt, gegenteilige politische Ansichten zu Worte kommen zu lassen, sich in den Dienst der Herrschenden stellt, ist leicht durchschaubar. Manipulativ vermittelt die Athesia-Presse reaktionäre Politik. Jeder, der sich angesichts dieser Tatsache politischer Stellungnahme enthält, unterstützt die Manipulation. Gerade hier macht sich die nachteilige Wirkung gesellschaftlicher Kontrolle im bürgerlichen System bemerkbar. Die Programmgestalter haben sich den Herrschenden gegenüber zu verantworten. So sind sie gezwungen, auch gegen ihren Willen die Politik der Herrschenden zu unterstützen. Auch durch ein „unpolitisches“ Programm.

Es stellt sich nun die Frage, wie sich offensichtlich faschistische Politik auf die Art zu denken der Bevölkerung auswirkt. Die Tatsache, daß sich Südtirol seit zwanzig Jahren gegen diese Politik nie aufgelehnt hat, läßt auf eine ziemliche Anpassung der Denkkategorien schließen. Es darf nie vergessen werden, daß sich diese Politik in der Zeit der Abwehr gegen den italienischen faschistischen Staat gebildet und damals ihre Berechtigung hatte.

Daß diese Verhaltensweisen jedoch unkritisch in die nachfaschistische Zeit hineingenommen wurden, ist nur erklärbar, wenn man annimmt, daß autoritäre Politik die Denkschemen der Beherrschten so stark beeinflußt hat, daß diese zur Kritik nicht mehr fähig sind. Das scheint in Südtirol der Fall zu sein. Eine relativ frühe Stufe des Kapitalismus verteidigte sich in Südtirol gegen die höchste Stufe der kapitalistischen Entwicklung, den Faschismus. So haben sich politische Kategorien durchgesetzt, die fest dem Bestehenden verbunden und abwehrend gegen jeden Fortschritt sind, sei es nun der bürgerliche hin zum offenen Faschismus; sei es der sozialistische zur Befreiung der Massen. Diese Abwehrhaltung gegen alles, was neu ist und ungewohnt, prägt auch das alltägliche Verhalten der Südtiroler. Spricht man von den Südtirolern, so ist Vorsicht geboten. Auf jede Klasse, jede Schicht hat politische Herrschaft eine andere Wirkung. Das ist genügend dargelegt worden. Doch subjektiv wirkt sich die von den Politikern gepredigte Einheit so aus, daß es im Bewußtsein tatsächlich den Südtiroler gibt, objektiv natürlich existiert er nicht. Die Abwehrhaltung gegen alles Abweichende macht

offenen Faschismus überflüssig. Denn jede Verletzung der herrschenden Normen setzt einen Prozeß in Gang, der den Ausschluß des Abweichenden von der Gemeinschaft zur Folge hat. Der psychische Druck, der dadurch ausgeübt wird, verhindert, daß Fortschritt auch nur gedacht werden könnte. Sehr selten setzt sich so eine Bewegung von unten durch. Vielmehr muß die Obrigkeit, Kirche und Partei, manipulativ wieder fortschrittliche Kategorien durchzusetzen versuchen. Daß dies sehr selten geschieht, ist nach dem Gesagten klar. Daß echter Fortschritt, Fortschritt also, der über das bestehende System hinausgeht, unmöglich ist, liegt in seiner Forderung, von den Massen spontan getragen zu werden. Und das ist in Südtirol unter den herrschenden Bedingungen nicht möglich. So macht Südtirol seinen Fortschritt gegen die Menschen in Südtirol, hin zu einer höheren Stufe des Kapitalismus, zu einer Stufe, die dem Monopolkapital Europas eine noch günstigere Ausbeutung der unterentwickelten Peripherie gestattet. Der Wohlstand, den diese Entwicklung zunächst mit sich bringt, zeigt in Krisenzeiten sein wahres Gesicht

Noch eine Bemerkung.

Am Anfang des Aufsatzes habe ich geschrieben: So macht sich eine Tendenz bemerkbar, die zu immer größerer Oberflächlichkeit führt. Das kommt auch davon, daß der Aufsatz völlig isoliert dasteht. Er wäre fruchtbar nur im Kontext einer praktischen Diskussion. Ich bin der Illusion nicht erlegen zu glauben, durch den Skolast könnte ich potentiell kritische Leser treffen. Das hat die bisherige Erfahrung widerlegt. Vielmehr ging es mir um den Versuch, manipulierte Menschen gegenmanipulativ aufzuklären. Ob mir das gelungen ist, bleibt dahingestellt. Sollten sich doch einige kritische unter den Lesern befunden haben, so möchte ich für diese noch hinzufügen, daß die kritische Analyse der Südtiroler Verhältnisse fruchtlos bleibt ohne praktische Konsequenzen: „... es kommt aber darauf an, sie zu verändern.“ Karl Marx, 11. These über Feuerbach. Organisationsfragen jedoch können und sollen im Skolast nicht diskutiert werden und politische Praxis an den Orten, wo die Ausbeutung am deutlichsten sich zeigt, kann nicht ersetzt werden durch akademische Auseinandersetzungen.

Februar 1971

Florian Friedler

Tiroler Politik

Soweit der Schreiber dieser Zeilen etwas von der jüngeren Trientiner Geschichte versteht, kann er sich des Eindrucks nicht erwehren, daß es seit dem Ende des ersten Weltkrieges ein beständiges Ziel der Trentiner Bestrebungen ist, für Südtirol jene Rolle einzunehmen, die Innsbruck zuvor für die ganze gefürstete Grafschaft einnahm. In diesem Sinne könnte man sogar sagen, daß in Trient das Erbe jahrhundertelanger Tiroler Bestrebungen um die Einheit des Landes im Gebirge über die Sprachverschiedenheiten hinweg lebendig ist.

Mit diesen Bestrebungen gerät aber Südtirol in das Spannungsfeld von zwei Anziehungspunkten, nämlich Innsbruck, das seine alte Rolle trotz der Grenze wieder aufzubauen versucht, und Trient, dessen jahrhundertealter Bruderzwist mit Innsbruck durch die Brennergrenze einen mächtigen Auftrieb erhalten hat.

Die Bedeutung dieser Staatsgrenze dürfte überhaupt von niemandem unterschätzt werden, auch wenn sie jetzt in der Paketdurchführungszeit so weit offen ist, wie eine Staatsgrenze eben nur offen sein kann. Jeder flüchtige Blick auch nur in ein Mittelschulgeschichtsbuch wird aber jedem denkenden Menschen sofort klarmachen, wie leicht ein derartiger Zustand durch die geschichtlichen Ereignisse gefährdet werden kann. Außerdem gibt es österreichischerseits zumindest seit dem ersten Weltkrieg ein gestörtes Verhältnis zu Italien, sodaß eine Ausrichtung nach Norden fast unweigerlich abschätzige Vorurteile gegen Italien mit sich bringt. Deshalb dürften sich trotz der Abneigung der Südtiroler die jeweiligen Anziehungskräfte Innsbrucks und Trients auf Südtirol so ziemlich die Waage halten.

Richtet sich nämlich der Südtiroler auf ein zu starkes Abhängigkeitsverhältnis von Innsbruck ein und geht dann die Grenze aus irgendeinem Grunde, der nichts mit Südtirol zu tun zu haben braucht, wieder stärker zu, so befindet sich dieser Südtiroler Trient und Italien gegenüber in einer nahezu hoffnungslos unbeholfenen Lage.

Daher gilt es höchstwahrscheinlich die jetzige, verhältnismäßig günstige Zeit zu nützen, um die Südtiroler Eigenständigkeit derart zu fördern, daß man auch stürmischen österreichisch-italienischen Beziehungen einigermaßen gefaßt ins Auge sehen kann. Die Geschichte hat ja diese Entwicklung durch die Entstehung des Landes Südtirol und durch seine weitere Verselbständigung durch

das Paket aufgezeigt. Auch die Bildung der Diözese Bozen-Brixen gehört dazu.

Wenn sich Südtirol auf seine Vergangenheit besinnt, so besteht kein Grund anzunehmen, daß der Südtiroler nicht zu einer eigenständigen Zwischenrolle zwischen Innsbruck und Trient fähig sei, so daß er vereinigender Vermittler wird und nicht entzweiender Zankapfel. Bevölkerungsmäßig ist es zwar das schwächste Land, aber nur um wenig, und das dürfte sich bald zu Ungunsten Trients ändern, wenn es gelingt, die gerade laufende Südtiroler Auswanderungswelle einzudämmen.

Bevölkerungsmäßig kann sich Südtirol gegenüber Trient heute halten, weil es Trient im ständigen Zweikampf zwischen seiner österreichischen und seiner italienischen Seele bisher nicht gelungen ist, eine Schutzherrschaft über die in Südtirol ansässigen Italiener aufzubauen, und zwar wegen des Widerstands dieser letzten. Nun sieht es aber gerade so aus, als ob ein himmelschreiend unsinniges Südtiroler Verhalten, das sich an Innsbruck klammert und so tut, als ob es diese italienischen Südtiroler überhaupt nicht gäbe, dabei ist, diese letzten wider Willen in Trentiner Arme zu treiben, womit das Trentino zum bevölkerungsstärksten Land in Tirol wird und Südtirol, auf die alleinigen deutschen Südtiroler beschränkt, zu einer Menge wird, die tatsächlich vernachlässigt werden kann. Damit setzen die Südtiroler selbst das Wort „Ende“ zu ihrer Selbstverwaltung, auch wenn sie auf dem Papier größer wird.

Trient hat nämlich einen Trumpf in der Hand, den man in Südtirol geringerschätzen zu können glaubt. Immer mehr Italiener aus Südtirol studieren schon jetzt in Trient und was dann erst, wenn das dortige Hochschulinstitut nach der Universitätsneuordnung verstaatlicht und auf vier Fakultäten ausgebaut wird? Dann wird man auch die Südtiroler nicht abhalten können, dorthin zu gehen, und Trient wird mehr als froh sein, damit eine Gelegenheit zu erhalten, die Vorlesungen auf Deutsch zu verdoppeln. Das könnte sogar für Innsbruck als Landesuniversität für Südtirol gefährlich werden. Wenn es einmal so weit ist, wird auch unseren Landesvätern nichts mehr übrig bleiben, als auf diesem hochwichtigen Gebiet, an dem die Zukunft der Südtiroler Volksgruppe hängt, in Trient auf den Knien herumszurutschen.

Emil Stocker

**Das Geschenk für den Tyrolensiensammler
erhältlich in allen Buchhandlungen
und bei der
Südtiroler Hochschülerschaft Bozen**

**neue
literatur
aus
südtirol**

Analyse des K.V.W.

Dieses Dokument wurde von einem Arbeitskreis Südtiroler Studenten in Padua, BASIS-GRUPPE-PADUA, ausgearbeitet. Es will die Entwicklung des KVV seit seinem Bestehen kritisch analysieren, um die Tragweite der neuesten Bewegung im KVV richtig einschätzen zu können. So kann es als Grundlage für weitere Diskussion über dieses Problem dienen. Zeitmangel wird Lückenhaftigkeit in der Ausführung und mögliche Fehlinterpretationen entschuldigen.

I. - SITUATION NACH DEM SIEG ÜBER DEN FASCHISMUS

A) In Italien

1. Kampf gegen den Faschismus

ACLI, KVV und andere systemtragende Vereine sind als eine Reaktion auf die Linksverschiebung im politischen Denken in Italien zu verstehen. Auch die Abspaltung der CISL und UIL von der CGIL war eine Reaktion dagegen.

Aus dem 1. und 2. Weltkrieg, beide aus reaktionär-imperialistischen Motiven entstanden, ging jenes progressive Denken hervor, das eine große Gefahr für das italienische Kapital wurde und dessen Interesse bekämpft wurde.

Die italienische Widerstandsbewegung hat ihr größtes Verdienst nicht in der Befreiung Italiens von Mussolinis und Hitlers Truppen, was auch durch Alliierte geschehen wäre, sondern vielmehr in der ideologischen Säuberung weitester politischer Kreise. Die Widerstandsbewegung wird von Kommunisten, Sozialisten und einem Teil der Katholiken getragen. Die mitkämpfenden Liberalen und die meisten Katholiken wollten aber nicht den Faschismus an der Wurzel beseitigen, sondern nur die präfaschistische liberale Staatsform wieder herstellen. Die schlechte soziale Lage und der beispielhafte Kampf der kommunistischen Partisanen schafften günstigen Nährboden für die kommunistische Bewegung. In Norditalien waren schon kleine autonome kommunistische Volksrepubliken entstanden. Der amerikanische Imperialismus schlug Alarm (man fürchtete das jugoslawische Beispiel) und zusammen mit dem hohen Klerus wurde die sich bildende antikapitalistische Front auf diplomatischem Wege zum Stehen gebracht. Die amerikanische Repression wirkte nur kurze Zeit. Die Partisanen kämpften weiter bis zur vollständigen Besiegung des Faschismus, doch die amerikanische Präsenz in Italien und die Unterdrückung revolutionärer Bewegungen in Griechenland durch die Alliierten schreckte die italienischen Partisanen vor dem entscheidenden Schlag gegen das kapitalistische System ab.

In Süditalien gibt es keine Widerstandsbewegung. In Mittelitalien wird sie von Amerikanern, dem König und der Regierung Badoglio kontrolliert. In Norditalien aber kommt es zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung sowohl mit Mussolini und der deutschen Besatzung, als auch mit Badoglio und z.T. mit den Alliierten.

2. Errungenschaften der Resistenza. Fortschrittliche Verfassung in Italien

Die ersten Wahlen der Nachkriegszeit sind zu tief beeinflusst von der verschiedenen Art der Auseinandersetzung mit dem Faschismus in den verschiedenen Teilen Italiens. In den norditalienischen Regionen Piemont, Lombardei, Ligurien, westlich Venetien, Emilia Romagna, Toscana erhält die vereinigte Liste der Linksparteien (Liste di sinistra - Kommunisten - Sozialisten und unabhängige Linke) 1946 in den Verwaltungswahlen die Mehrheit. Eine Ausnahme bilden hier nur Trient und Südtirol wo die DC eine überwältigende Mehrheit erreichte, so auch in Sardinien und Süditalien. Im ersten Parlament nach dem Kriege hatten die Linksparteien eine starke Position; DC und Kommunisten bildeten mit den Sozialisten eine große Koalitionsregierung. Eine neue fortschrittliche Verfassung wurde ausgearbeitet und trat 1948 in Kraft. Artikel 1 lautet: „L'Italia è una repubblica

democratica, fondata sul lavoro. La sovranità appartiene al popolo, che la esercita nelle forme e nei limiti della Costituzione“.

Die Verwirklichung der Prinzipien dieser Verfassung in Italien wurde aber von der DC und den Unternehmern verhindert, denn sie hätte das kapitalistische System in Italien wahrscheinlich in Frage gestellt.

3. Gründung der CGIL

Die aus der „Resistenza“ stark hervorgegangenen Linksparteien haben die faschistischen „corporazioni“ zerstört und eine starke, gut geführte Einheitsgewerkschaft auf die Beine gebracht, die CGIL (Confederazione generale italiana del lavoro).

4. Reaktion des Kapitals und der Kirche

Gewaltige Streiks im Norden geben den Unternehmern Gelegenheit eine Offensive zu starten. Die herrschende Schicht verspricht große Reformen, führt kleine Reformen durch und fördert die Spaltung der CGIL in die von der DC abhängige CISL und die von den Republikanern abhängige UIL. Dadurch gelingt es, die Einheitsfront der Arbeiter zu zerschlagen. Auch die Kirche mobilisiert gegen die Kommunisten und reorganisiert die Azione Cattolica, die den Einfluß der Kirche auf die Denkart der Gesellschaft wieder herstellen und festigen soll. In Trentino-Südtirol und Ost-Venetien, sowie in Süditalien hat diese religiöse Bewegung gegen den Kommunismus gleich große Erfolge. Die Gründung der ACLI (Associazione Cristiana dei Lavoratori Italiani) — in Südtirol der KVV — krönt die kirchliche konterrevolutionäre Bewegung.

B) In Südtirol

1. Fehlen einer Widerstandsbewegung

Die politische Entwicklung in Südtirol unterscheidet sich in dieser Zeit des Kampfes gegen den Faschismus stark von der im übrigen Norditalien. Das Fehlen einer bewaffneten Widerstandsbewegung gegen den Nazi-Faschismus ließ hier auch kein politisches Bewußtsein entstehen. Zudem konnte Südtirol nicht auf einer früheren politischen Linksoption aufbauen, die es kaum je gegeben hat.

2. Allgemeine soziale Situation

Wegen der faschistischen Politik und wegen des Krieges gibt es hier eine Tendenz der Zunahme der Beschäftigten in der Landwirtschaft. Deshalb ist auch zu verstehen, daß noch 74% der deutschsprachigen Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig waren, während es von der italienischsprechenden Bevölkerung in Südtirol nur 4% sind. Ein Grund für diese Entwicklung war auch die Verdrängung der Deutschsprachigen aus dem Beamtenstand und dem Unterricht in der Schule. In der Bozner Industriezone wurden vorwiegend Zuwanderer aus dem Süden angestellt. Auch im Schulbesuch haben wir eine verzerrte Situation. 11,8% der deutschsprachigen Bevölkerung besuchten die Mittelschule, aber 35,7% der italienischsprachigen. Der Großteil der Südtiroler Arbeiter war gezwungen als billige Arbeitskraft in der Landwirtschaft zu arbeiten. In der Industrie fanden nur sehr wenige eine Stelle.

3. Politik der SVP

Die unvollständige Überwindung des Nazismus, die Unterdrückung durch den Faschismus, der damit verbundene Bildungsrückstand, das Fehlen eines Industrieproletariats waren die besten Voraussetzungen für die Volkstumspolitik der SVP. Schwerbelastete Nationalsozialisten wurden gleich nach dem Kriege zu Bürgermeisterern gewählt. Ein kleinbürgerlicher Patriotismus nach Tiroler Art wurde geboren.

4. Fußfassende CGIL

Die oben erwähnte starke Linksbewegung in Italien erfaßt auch Südtirol in einer ersten Phase. Das Fehlen einer Sozialpolitik und die große Masse von unterbezahlten Arbeitern in der Landwirtschaft und Industrie schafft eine günstige Nährboden für den Vormarsch der CGIL. Diese Arbeiterorganisation vermochte schon 1949 8.000 deutschsprachige Landarbeiter in der „Federterra“ zu organisieren. Es war ein erster Versuch, in Südtirol das Proletariat beider Sprachgruppen für seine gemeinsamen Interessen zu mobilisieren. Dabei muß betont werden, daß die CGIL keine Assimilationspolitik anstrebte, sondern im Gegenteil als ein Hauptziel der Arbeiterklasse die Er kämpfung der Autonomie für Südtirol ansah (siehe Programm Scocciarro).

5. KVV-Gründung

Die politische Bewußtseinsbildung der CGIL bei den Arbeitermassen zu verhindern, war auch in Südtirol Ziel des Klerus. Schon auf nationaler Ebene hat die Kirche durch ihren Druck auf die katholischen Mitglieder in der CGIL erreicht, daß sie austraten und in die CISL oder UIL eintraten. In Südtirol macht sich diese Entwicklung um so klarer bemerkbar, da der Klerus als einzige Intelligenzschicht den Faschismus überlebt und im Volk sein Ansehen gestärkt hat (Kataombschulen). Dies zusammen mit der kirchlichen Tradition macht es dem Klerus in Südtirol leicht — ähnlich wie in Süditalien — gegen die CGIL anzukämpfen. Dem Beispiel der ACLI-Gründung folgend arbeitet die Kurie von Brixen das Statut für die Gründung des KVV aus. Dank der verwurzelten Religiosität und dem starken Heimatkomplex trägt der von Südtirolern geführte KVV außerdem dazu bei, die trennenden Elemente der Volksgruppen auch auf Syndikatsstufe zu behaupten und sichert sich rasche Erfolge.

C) KVV und Oppositionsproblem

In der Gründungszeit des KVV war die Parole der Einheit aller deutschsprachigen Südtiroler noch glaubwürdig, da die Repression des Faschismus zeitlich zu nah war. In dieser Situation wurde zunächst der KVV, der zwar die Interessen der Arbeiter vertreten wollte, jedoch antikommunistisch war, von den politischen Kreisen der Bourgeoisie der Opposition innerhalb der deutschen Minderheit verdächtigt. Die Gefahr der Spaltung der Südtiroler und die beschworenen schweren Folgen derselben kamen den Konservativen innerhalb des KVV gelegen: Sie brachten den Verband bald auf rein korporativistische Positionen. In Kürze gewann er das volle Vertrauen der Unternehmerschaft und der SVP; eine antikommunistische Organisation konnte ihnen nur nützen. Von nun an flossen dem KVV auch von dieser Seite Geldbeiträge zu.

Das anfängliche Mißtrauen der SVP gegenüber dem KVV erscheint um so erstaunlicher, zumal wir wissen, daß der KVV im Zusammenhang mit der Offensive des italienischen Kapitals gegen die Arbeiterorganisation gegründet worden ist. Offensichtlich erkannte die SVP nicht, daß es in dieser geschichtlichen Situation günstig war, der Arbeiterklasse kleine Zugeständnisse zu machen, um eine Einheitsbewegung im Proletariat zu verhindern.

In der Folge war der KVV ein bequemes und sicheres Sprungbrett für politische Karrieremacher. Bei Wahlen genügte es, wenn man zuerst ein bißchen beim KVV mitgearbeitet hatte und versprach, die Interessen des KVV zu vertreten; dann bedurfte es nur noch des Aufrufes des KVV, diesen Kandidaten zu unterstützen. Immer war es zugleich auch ein SVP-Kandidat.

II. - KVV-ORGANISATION

A) Undemokratische Organisation

1. Undemokratische Statuten

Das Statut des KVV baut auf pseudoreligiösen Grundsätzen auf, durch die der Arbeiter in seinem Kampf um soziale Gerechtigkeit gehemmt ist. Die feste Bindung der Arbeiter an den katholischen Glauben wird von der herrschenden Schicht als politische und wirtschaftliche Kraft ausgenutzt, um den Arbeiter weiterhin systemtreu zu halten.

Der Aufbau des KVV ist zwar nach außen hin demokratisch, der CGIL angeglichen, aber einmal gewählt, kann die Landesleitung und der Landesauschuß auf Grund der Statuten neue unangenehme und systemgefährdende Elemente ausschließen und unterdrücken, z. B. die Errichtung von Ortsgruppen, Berufsgruppen und Betriebsgruppen muß vom Landesauschuß des KVV anerkannt werden (Art. 7, 18, 19). Eine weitere Unreinheit im demokratischen Aufbau bildet die Errichtung von „Gebieten“, die zwischen Ortsgruppen und Bezirksgruppen eingeschaltet werden können. Die Auswirkungen dieser Bestimmungen an einem gedachten Beispiel: angenommen, die Landesleitung möchte die politischen Ideen eines Gebietes A unterdrücken und die eines anderen Gebietes B unterstützen. Sie könnten dann einfach im Gebiet A weniger aber große Ortsgruppen bilden, im Gebiet B aber möglichst viele und kleine. Dadurch wäre das Gebiet A als das zu unterdrückende bereits in der Bezirksversammlung in der Minderheit, denn alle Ortsobmänner haben dort Sitz und Stimme. Weiters könnte man noch einige Ortsgruppen des

Gebietes B jeweils in „Gebiete“ zusammenfassen, um weitere Stimmen in die Bezirksversammlung zu bringen. Aber bereits in den Ortsgruppen kann manipuliert werden, nämlich durch die Anerkennung oder Nichtanerkennung von Berufs- und Betriebsgruppen. Ihre Vertreter sind nämlich Mitglieder des Ortsauschusses, der den Ortsobmann wählt. Und laut Art. 28 kann die Landesleitung sogar direkt in die Ortsleitung eingreifen.

Direkt absurd klingen folgende Sätze aus den Statuten: „Die Mitglieder des Ortsauschusses, des Bezirksauschusses und der Bezirksobmann sind dem Landesauschuß des KVV für ihre Amtsführung verantwortlich“ (Art. 8, 10). In einem echten demokratischen System sollte doch der gewählte seinen Wählern gegenüber verantwortlich sein und nicht umgekehrt. Niemandem verantwortlich wäre also laut Statut nur die Landesleitung.

Am klarsten zeigt sich im Art. 11, daß alles möglichst statisch bleiben sollte: Der Landesauschuß hat in der Landesleitung Sitz und Stimme. Das heißt also, daß der scheidende Landesauschuß mit den Vertretern der Ortsgruppen den neuen Landesauschuß wählt. Und weiters: Der scheidende Landesobmann ist von rechts wegen Mitglied des neuen Landesauschusses. Eine besondere Vorrangstellung wird der KVV-Jugend gewährt: in Art. 21 heißt es: „Der KVV-Landesjugendführung obliegt die Aufstellung und Durchführung eines eigenen Arbeitsprogrammes, das den Richtlinien des KVV entsprechen muß“. Die Jugend kann also ein eigenes Programm aufstellen, mit der kleinen Einschränkung allerdings, daß es den Vorstellungen und dem Geschmack der Tonangebenden älteren Herren entspricht. Und damit sich die KVV-Jugend überhaupt organisieren kann, braucht es die Zustimmung des zuständigen Ordinariates (Art. 22).

Der stark differenzierte und hierarchische Aufbau der KVV-Organisation entspricht der politischen Absicht, die Mitglieder von ihren sogenannten Vertretern in den obersten Gremien zu isolieren. Für den Arbeiter werden also die politischen Spiele der Führung undurchsichtig und somit uninteressant. Sein Politisierungsprozeß wird aber weitgehend verhindert.

2. Kontrollfunktion des Klerus

Als Gründer versucht der Klerus sich einen bedeutenden Einfluß auf den Verband zu sichern. Erreicht wird dies einerseits statutarisch (Art. über KVV-Assistent). Schon in der Landesleitung hat der Klerus große Möglichkeiten der Einflußnahme. In den Ortsgruppen wirkt die Machtteilung der kirchlichen Organe durch den Ortspfarrer, der die ideologische Führung der Ortsgruppe übernimmt. Zugleich untersteht der Pfarrer der Kontrolle des Bischofs und dieser seinerseits den Zentralorganen des Vatikans.

3. Unterwanderung des KVV und Bindungen mit der herrschenden Schicht

Die Tatsache, daß der konservative, in den Produktionsprozeß nicht eingeschlossene Klerus einen Verband von Arbeitern zum Teil leitet und kontrolliert, bestimmt von Anfang an seine Richtung. Die Freunde des Klerus, vor allem Lehrer, Direktoren, Ärzte, Gemeindefunktionäre integrieren sich gleich anfangs in den KVV. Diese bürgerliche Mittelschicht konnte zum Großteil die wirklichen Probleme der arbeitenden Bevölkerung nicht wahrnehmen oder zumindest daran direkt nicht interessiert sein, deren soziale Lage grundsätzlich zu verbessern. In den Führungsgremien wurde das Bündnis zwischen Klerus und dieser Bürgerschicht vervollständigt. Jetzt war es selbstverständlich, daß diese Führung auch nicht für die Arbeiter eine Front gegen ihre eigenen Interessen und auch nicht gegen die Interessen der Unternehmer bilden wollten, sondern im Gegenteil sich mit diesen verbündeten. Die Gründung des ACUS (Arbeitsgemeinschaft christlicher Unternehmer Südtirols) 1958, durch den KVV angeregt, war das Ergebnis dieser Verflechtung der Klassen (darüber weiter unten).

B) Die Arbeit des KVW

Der KVW ist keine Gewerkschaft, kann also nur „vorgewerkschaftliche“ Arbeit leisten.

1. Ideologische Arbeit des KVW

Beim KVW beobachtet man das prinzipielle Bestreben „Klassenkampf um jeden Preis zu vermeiden“ (Dr. Prof. Schaschnig SJ, IX. Jahresversammlung am 10.11.1963). Diese Haltung ist in mehrfacher Weise untermauert.

Vor allem durch den Verbandstyp des KVW, der zwar Arbeiterbewegung, nicht aber Gewerkschaft sein will. Dieser Widerspruch — er ist nicht die Schöpfung der Gründer, sondern hat als Vorbild die ACLI — erleichtert es dem Verband sich aus grundsätzlichen Auseinandersetzungen mit der Unternehmerschaft (z. B. Tarifverhandlungen) herauszuhalten. Trotzdem behauptet er, „seine Mitglieder gewissermaßen während aller 24 Stunden des Tages zu betreuen“ (Harald Johannes), was er in einem bestimmten Sinne auch tut:

Pius XII an ACLI am 2.9.1945: „Ziel der christlichen Arbeiterbewegung bleibt die Heranbildung von christlichen, sozialdenkenden Arbeitern“, (wobei unter „sozialdenkend“ wahrscheinlich die „aufrichtige Bereitschaft, mit anderen Klassen der Gesellschaft zusammenzuarbeiten“ zu verstehen ist). Wir haben es hier also mit einer Betreuungsarbeit ideologischer Natur zu tun: „Bei der vom KVW selbstgeleitenden Umstrukturierung der Gesellschaft soll verhindert werden, daß die Religion verloren geht“ (Harald Johannes). Die Religion wird als Vereinigendes im gesellschaftlichen Leben angesehen. Die Reibungen am Arbeitsplatz werden durch überbauliche Werte aufgehoben oder verdrängt. Solche Haltungen sind für die in den Produktionsprozeß verhältnismäßig wenig eingegliederten Frauen noch am ehesten akzeptierbar (1967 sind von 26.828 Mitgliedern 14.287 Frauen).

Der Glaube an die befreiende Wirkung der Religion im wirtschaftlichen Leben führt im Jahre 1958 zur Gründung der ACUS durch den KVW und die KA. Man versucht hier offensichtlich, Ausbeutung der Arbeiter der menschlichen Unzulänglichkeit unchristlicher Unternehmer zuzuschreiben, um zu vermeiden, das freiwirtschaftliche System in Frage stellen zu müssen. Doch auch die christlichen Unternehmer ließen sich nur ungern vom KVW vorschreiben, ihre Arbeiter gesetzlich anzumelden, was die Aufnahme in die ACUS vorsah. Offensichtlich ist auch der christliche Unternehmer kaum mehr am Wohle des Arbeiters interessiert als der unchristliche. Der Versuch des KVW, die Unternehmerschaft durch die ACUS an sich zu binden, berechtigt an dieser Stelle einen Vergleich anzustellen zwischen KVW und faschistischer Korporation. Beide Organisationen, abgesehen von ihren verschiedenen geschichtlichen Bedingungen der Entstehung, haben eine gewisse ideologische Einstellung gemeinsam. Hier und da versucht man Ausbeuter und Ausgebeutete unter dem Mantel höherer Werte (beim Faschismus: *integrità religiosa*, *morale e nazionale* — beim KVW: Religion, Ethik und Heimatliebe) zu vereinigen.

Die ideologische Arbeit des KVW bezieht sich vor allem auch auf das Berufsleben des Arbeiters. Um ihn profitbringend für den Unternehmer in den Produktionsprozeß einordnen zu können, muß man in ihm Werte konstruieren. Einer dieser Werte ist das sogenannte Berufsethos. Die christlichen Arbeiter sollen sich „auszeichnen durch Fähigkeit in der Ausübung ihres Berufes“ (Pius XII an ACLI). So wird einerseits die Entstehung der Solidarität unter der Arbeiterklasse durch Karrierismus verhindert, andererseits wird dem Arbeiter seine größere Ausbeutung als positiver Wert hingestellt.

2. Gewerkschaftliche Arbeit der Nicht-Gewerkschaft KVW

Nur eine Gewerkschaft kann die Arbeiter vor dem Arbeitgeber und dem Staat vertreten. Deshalb wurde vom KVW und ACLI einen Monat nach der offiziellen KVW-Gründung am 17.10.1948 der SGB (Südtiroler Gewerkschafts-Bund) gegründet. Wer Mitglied beim KVW war, war automatisch auch Mitglied beim SGB, der an die CISL

angegliedert wurde. Doch bereits nach einem Jahr wurde die gleiche Mitgliedschaft in KVW und SGB wegen Kompetenzstreitigkeiten und Rivalitäten aufgegeben. Der SGB wurde unabhängig vom KVW. Die Tatsache, daß der KVW keine Gewerkschaft ist, birgt die Gefahr in sich, daß über die Ernsthaftigkeit seines Vorhabens, den Arbeiter zu betreuen, Zweifel aufkommen könnten. Dies, die Rivalitäten mit dem SGB und vor allem das Bestreben, der CGIL Mitglieder abzuwerben, veranlaßte den Verband dazu, inoffizielle kleinere Dienstleistungen gewerkschaftlicher Natur dem Arbeiter zu leisten. Doch die häufige Unfähigkeit, Streitfragen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu lösen, trägt nur dazu bei, die unter der Südtiroler Arbeiterschaft weit verbreitete Resignation vor derartigen Problemen zu fördern. Vom resignierenden Arbeiter droht allerdings kaum die Gefahr des Klassenkampfes. Eine der Hauptaufgaben des KVW ist nämlich nach Schaschnig der „Soziale Entminungsdienst“ („die starken Spannungen, das Mißtrauen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen durch Zusammenarbeit abgebaut werden“). (Auf Kosten der Arbeiter!)

3. Sozial-karitative Arbeit des KVW

Das Scheitern der KVW-Betreuung, vor allem unter den Industriearbeitern, verursacht durch den Grundwiderspruch, daß er keine Gewerkschaft ist, brachte es mit sich, daß er immer neue Aufgabenbereiche suchte, um seine Existenzberechtigung nicht in Frage stellen zu müssen. Für diese Zwecke wird als juristischer Träger das „Sozialwerk-KVW G.m.b.H.“ gegründet. Lehrlingsheime werden gebaut und dann vom Klerus kontrolliert. Die Hausordnungen dieser Heime spiegeln das auf Gehorsam basierende Verhältnis im Betrieb wieder. Die Lehrlinge werden zur Autoritätsgläubigkeit und Arbeitsamkeit erzogen (groß propagierte Erziehungsarbeit des KVW). In letzter Zeit setzte sich der KVW vor allem für Erwachsenenbildung ein (Abendmittelschulen).

Die KVW-Frauenschaft neigt immer mehr zum Interklassismus. Es gibt z. B. Witwengruppen, Müttergruppen (gehören die Witwen oder die Mütter der Arbeiterklasse an?). Müttererholungen werden organisiert.

Die vielschichtige und zum Teil sicher positive Arbeit des Patronates KVW und des Sozialwerkes KVW-G.m.b.H. kann aus unserer Sicht nur als ein politisches Alibi des KVW als vorgewerkschaftliche Arbeiterbewegung angesehen werden. Der KVW verdeckt dadurch nur sein vielfaches Scheitern unter den Industriearbeitern, und hält sich aus einer klaren politischen Stellungnahme heraus. Zugleich verschleiert er die Verantwortung der Landes- und Zentralregierung. Dies trifft für die neueste Entwicklung im KVW nicht ganz zu (darüber weiter unten).

III. - DIE NEUE ENTWICKLUNG IM KVW

In der letzten Zeit, insbesondere nach der Veröffentlichung des Dokumentes über „Die Kirche in der Welt der Arbeit“ durch einen Arbeitskreis der Synode von Brixen (KVW-Assistenten arbeiteten maßgeblich mit) ist eine neue Entwicklung innerhalb des KVW aufgefallen. Um diese neue Bewegung zu verstehen und richtig einzuschätzen, halten wir es für notwendig, die wirtschaftliche Entwicklung in der EWG, in Italien und in Südtirol kurz zu streifen, um dann auf die Krise in der Kirche und damit zusammenhängend in der ACLI und im KVW näher einzugehen.

A) Neue wirtschaftliche Lage

1. Entwicklung des italienischen Kapitalismus

Nach dem 2. Weltkrieg begann sich die italienische Industrie schnell auszubreiten. Diese expansive Entwicklung war aber nicht begleitet von einer Rationalisierung der Produktionsmethoden (nicht wie etwa in den USA und der BRD). Diese beiden Faktoren bedingen einen starken Rückgang der Arbeitslosigkeit und eine größere Abwanderung aus der Landwirtschaft. Am Ende der fünfziger Jahre bis zum „autunno caldo“ steht die stark anwachsende Arbeiterklasse nicht mehr unter der unmittelbaren Erpressung der Arbeitslosigkeit und stellt Lohnforderungen. Das Kapital wird gezwungen, die Produktionsmethoden zu rationalisieren und eine größere Arbeitsteilung vorzunehmen, um auf dem internationalen Markt die Konkurrenzfähigkeit und die großen Profite zu halten.

In Südtirol:

in Südtirol haben wir nach dem 2. Weltkrieg keine ähnliche expan-

sive Entwicklung in der Industrie. Deshalb steht den bodenständigen Klein- und Mittelbetrieben weiterhin ein großes Angebot von billigen Arbeitskräften zur Verfügung. Der Großteil der Bevölkerung arbeitet noch in der Landwirtschaft. Diese Umstände verhindern es, daß auch in Südtirol die Arbeiter Lohnforderungen stellen können. Deshalb sind unsere Betriebe auch nicht gezwungen worden, die Produktionsmethoden zu rationalisieren. Der Konkurrenzkampf mit den europäischen Metropolen wurde also um so mehr auf dem Rücken der Südtiroler Arbeiter ausgegossen, denn die Südtiroler Industrie ist schwer imstande, die von den italienischen Arbeitern auf nationaler Ebene erkämpften Kollektivverträge zu erfüllen.

2. Agrarkrise in EWG und Südtirol

Das Überangebot von Agrarprodukten auf dem Welt- und EWG-Markt hat vor allem die EWG-Agrarproduzenten in eine fast ausweglose Krise gebracht (Überproduktion an Butter, Schweinefleisch, Obst). Die Preise der Agrarprodukte werden in der EWG mit Steuergeldern hochgehalten (z. B. Weltmarktpreis für Butter etwa 400 Lire, in der EWG 800 Lire). Der kapitalistische Konkurrenzkampf in der Landwirtschaft zwingt die Bauern zur Rationalisierung der Produktionsmethoden. Sie müssen aber dabei vom Staat unterstützt werden. In der BRD ist die Rationalisierung der Landwirtschaft schon zum Großteil abgeschlossen; viele Bauern hatten Kredite aufgenommen und sind nun nicht imstande sie zurückzuzahlen. Sie verlangen darum noch höhere Preise für ihre Produkte (in diesem Zusammenhang. Demonstration in Brüssel).

Die italienische Landwirtschaft hingegen ist rückständig und der Prozeß der kapitalistischen Umwandlung (Rationalisierung der Agrarbetriebe) ist noch nicht weit fortgeschritten. Wir haben deshalb zwei Blöcke unter den italienischen Bauern. Eine konservative Richtung, vertreten vor allem durch die Kleinbauern, die gegen den Mansholtplan und die kapitalistische Entwicklung in der EWG ankämpfen, und die andere Richtung der Großbauern, die für den Mansholtplan, die Rationalisierung und für kapitalistische Agrarbetriebe sich einsetzt. Das kapitalistische System erfordert die Rationalisierung, also die kapitalistische Entwicklung der Landwirtschaft.

Auch Südtirol kann von dieser schweren Krise nicht herausgehalten werden. Die Obstbauern haben den Konkurrenzkampf und das Überangebot deutlich zu spüren bekommen. Der Staat gibt deshalb Zuschüsse, wenn gewisse Obstsorten nicht mehr abgesetzt werden können. Vielfach stellen sich die Obstbauern womöglich auf Wein um. Ebenso wurden für das Abschlichten von Milchkühen Prämien ausgezahlt.

Die Südtiroler Bergbauern sind Randgruppen in der EWG. Die Politik der SVP versucht diese als Randgruppen zu erhalten. Dabei kommt ihr die traditionsbewußte Sparsamkeit und Bescheidenheit dieser Bauern zugute und verhindert vorläufig eine schwerere Krise. Soweit diese Entwicklung durchschaubar ist, wird die Konkurrenzfähigkeit der Südtiroler landwirtschaftlichen Betriebe weiter sinken (das bedeutet weitere Verarmung), wenn sie mit der internationalen Rationalisierung nicht Schritt halten können.

Schon heute werden sie doppelt betrogen. Fürs erste sind sie ein Opfer der kapitalistischen Marktwirtschaft, dazu kommt, daß sie als „Landschaftsgärtner“ für die Hotelbesitzer mit großem Arbeitsaufwand die Landschaft pflegen, dafür aber in Zukunft nur vielleicht einen lächerlich geringen Beitrag erhalten könnten. Immer mehr wandern aus der Landwirtschaft ab. Das kann auch die SVP-Politik nicht aufhalten.

3. Anwachsen der Industrie in Südtirol

Südtirol ist ein Randgebiet der kapitalistischen Industriemetropolen Europas. Die bodenständige Kleinindustrie war nicht imstande größere Investitionen zu machen. Der Bevölkerungszuwachs und die immer größer werdende Abwanderung aus der Landwirtschaft zwingt die herrschende Schicht und die SVP in den letzten Jahren, die industriefeindliche Politik aufzugeben und alles zu unternehmen, um vor allem deutsches Kapital dazu zu bewegen, in Südtirol zu investieren. Dabei finanziert das Land und die Regierung z. B. die fremden Investitionen durch Ankauf von Grund, Schaffung der Infrastrukturen; es finanziert die Ausbeutung einerseits der Arbeiter des Betriebes und andererseits des ganzen Landes, weil der Gewinn wieder in die Metropole zurückfließt. Dabei muß bemerkt werden, daß die Industrialisierung Südtirols trotzdem eine dringende Notwendig-

keit ist. Die ausländischen Betriebe kommen nicht einmal unter die öffentliche Kontrolle, so daß der fremde Unternehmer beliebig mit Schließung des Betriebes drohen und so die Arbeiter vollkommen gefügig für die Ausbeutung machen kann.

In dieser ersten Phase der expansiven Industrientwicklung sind die Arbeiter erst einmal zufrieden, einen Arbeitsplatz gefunden zu haben und deshalb sehr mißtrauisch gegenüber der Gewerkschaft.

4. Der KVV ist der neuen Situation nicht mehr gewachsen

Der KVV war von Anfang an unfähig, das Industrieproletariat zu erfassen. Die KVV-Betriebsgruppen funktionierten schlecht (Harald Johannes). Der hierarchische Aufbau des KVV, die ideologische Ausrichtung, die für die Industriearbeiter sinnlose Gliederung in Berufsgruppen und die bewußt friedliche Auseinandersetzung mit den Unternehmern war von Anfang an für das Industrieproletariat nicht akzeptierbar. Dazu kommt, daß die Proletarisierung durch die Industrie auch die Verwirklichung und Entfremdung gegenüber religiösen Scheinworten mit sich bringt. Die versuchte Teilung der Südtiroler Arbeiter nach ethnischen Gesichtspunkten durch den KVV und den von ihm 1964 gegründeten ASGB und die Zusammenarbeit mit der SVP bringt jetzt beide in eine schwere Krise.

B) Ideologische Motive

1. Kursänderung der ACLI

Die sozialen Kämpfe der italienischen Arbeiter („autunno caldo“) und die immer größer werdenden Widersprüche als Folge der oben angeführten Entwicklung der Industrie hatten bei der ACLI eine neue politische Bewußtseinsbildung hervorgerufen. Ebenso wie ein Großteil der CISL machte auch die ACLI einen beachtlichen Linksrutsch mit. Auf den beiden letzten Nationalkongressen von Vallombrosa und Turin sprachen sich ein Großteil der ACLI-Vertreter für eine sozialistische Alternative aus. Diese Entwicklung in der ACLI mußte auch den KVV beeinflussen, denn er ist im Nationalkongreß der ACLI mit Sitz und Stimme vertreten und arbeitet auch auf Provinzialebene mit der ACLI zusammen.

2. Krise in der Kirche

Als Begleiterscheinung der Industrialisierung und Technologisierung in allen Bereichen des Lebens tritt auch eine immer stärkere Verweltlichung und Entmythisierung des Menschen ein. Der schnellen Veränderung der Gesellschaft ist die Kirche nicht mehr gewachsen. In einer ersten Phase versucht sie verzweifelt ihre jahrtausendealte Ordnung unverändert zu erhalten. In einer zweiten Phase wäre sie gezwungen, große Umwandlungen vorzunehmen, um den Anschluß an die Gesellschaft nicht vollkommen zu verlieren. In den Randgebieten der Metropole, also vor allem auf dem Lande, ist die Kirche noch einigermaßen in ihrer alten Form stark, weil sich dort die Gesellschaft noch nicht soweit umgewandelt hat, wie in Industriezentren. Wir haben jetzt auch bei uns pluralistische Ansätze in der Kirche (Synode). Die Kirche hat beim Industrieproletariat viel an Vertrauen verloren (Fastenbrief 1971 des Bischofs).

C) Neue Entwicklung beim KVV — Revolution von oben

Der hierarchische Aufbau und die konservative Basis des KVV bringen es mit sich, daß eine Änderung, vor allem ideologischer Natur, zur Zeit von oben kommen muß. Die oben angeführten Widersprüche der wirtschaftlichen Lage in Südtirol, die starken, sozialen Auseinandersetzungen auf nationaler Ebene, der Einfluß der ACLI, der offensichtliche Widerspruch zwischen den gestellten humanitären Aufgaben und der Unmöglichkeit ihnen nachzukommen, brachte einige Exponenten des KVV auf neue Positionen.

„Die feste Überzeugung der christlichen Soziallehre, innerhalb der Klassengesellschaft eine vermittelnde Rolle spielen zu können, ist für die Arbeiterschaft eine utopische oder gar unmögliche Theorie („Arbeit und Gemeinschaft Nr. 10/1970“).

D) Gefahr für die neue Entwicklung

Es ist klar, daß ein Verband, in dem die Unbeweglichkeit statutarisch gesichert ist, eine neue Bewegung verhältnismäßig leicht unterdrücken oder ihr das Leben zumindest schwer machen kann. Zudem ist der KVV in seiner Entwicklung, wie oben erwähnt, sehr gefährliche Bündnisse eingegangen, die jetzt mit der neuen Bewegung in eine Krise kommen. Weiters ist auf dem Lande das Weiterbestehen des Verbandes an den Dorfklerus gebunden, der zumeist konservativ ist, also allem neuen feindlich gegenübersteht.

X

ich weiß nicht, was ich täte, wenn mir in der nacht an einer einsamen stelle der x über den weg liefe. schließlich gehöre ich noch zu jenen, die in einer märchen- und fantasiewelt aufgewachsen sind und fürchte mich daher vor dem gottseibeiuns und derlei finsternen gesellen. weiß ich aber weiß, welche erwartungen man in einen ordentlichen jungtiroler setzt, würde ich vielleicht meinen ganzen mut zusammennehmen, der gefahr ins auge blicken und dem unhold die in solchen fällen bewährte zauberformel „alle guten geister ...“ entgegenschleudern. wenns mit rechten dingen zugeht, müßte sich der x in gestank auflösen.

es gibt leute, die behaupten hinter der rune verberge sich ein bekannter heimat- und wanderschriftsteller. ich wehre mich dagegen; nicht etwa, weil ich es ihm nicht zutrauen würde, sondern weil sich alles in mir sträubt, hinter dem x eine person anzunehmen.

hier geht es nicht um namen und personen; es geht darum, daß so gedacht, geschrieben, veröffentlicht wird. x ist das symbol für eine geisteshaltung, für eine weltanschauung, für einen lebensstil. x ist das siegel für die intoleranz, die aus der beschränktheit und dem krankhaften haß gegen alles, was außerhalb des beschränkten Gesichtsfeldes liegt, entspringt und deren widerlich galliger ausfluß sich gleichmäßig über all dies ergießt. teufelskreise werden geschlossen zwischen maojüngern, linken postillen, langmähnigen, haschischbrüdern. der mechanismus ist einfach: was nicht in den kram paßt, wird in die „über den alpenkamm schwappende 'kulturelle' brühe“ getaucht. dann kann man leuten, die es wagen, sich ernsthaft mit dem inhalt und der sprache unserer lesebücher auseinanderzusetzen, ohne große mühe den vorwurf machen, sie hätten nichts anderes im sinn, als in den jungen menschen idealismus und fantasie zu töten, um sie den verführern gefügig zu machen. als wäre nicht gerade die verführbarkeit jener, die von kindheit an nur mit falschen und verlogenen leitbildern behandelt wurden, ein grund für die kritik am lesebuch.

wäre dem nicht so, müßte sich der x schon längst was besseres einfallen lassen.

christian alton

Zu Gerhard Koflers Gedicht:

50 Jahre
Salzburger Festspiele
flossen mir
folgende Zeilen
in die Feder:

Europäische Tragödie

Dr. Konrad RAINER

In Deinem Mitleid
um die dritte Welt
ist Neid.
Denn dieser
gehört die Zukunft!
Sie hat zu wollen!
Während Du
überdrüssig und übersättigt
auf Deinen Vater schimpfst,
dass Dich dieser,
wohlstandsfurzend
doch nur
zum sterben gezeugt hat.

aten wir heiraten - wir heiraten - Wir heiraten - w

Für meine Freunde und jene, die sich betroffen fühlen.

Es wird geheiratet scheinbar wie eh und je. Es gibt sogar noch Leute die heiraten müssen... Ein großes Fest, alles Gute, die besten Wünsche, den Segen Gottes, Pfarrer und Ministranten laufen voraus oder hintendrein, auch Kinder werden immer noch geboren — und getauft, damit, man weiß ja nie, auf alle Fälle, es kann ja doch vielleicht...

Heirate kirchlich
laß deine Kinder taufen
schicke sie sobald du kannst in die Schule
zeige wie man sich zu benehmen hat
sorge dafür daß sie etwas Ordentliches werden
mache dir keine Gedanken außer über ihre berufliche Zukunft
so hast du ihnen,
wenn auch nicht das Leben
so doch DIE FREIHEIT EIN EIGENES LEBEN ZU LEBEN genommen.

Welche Garantie gibt euch die Kirche für eure Ehe? Glaubt ihr, eure Kinder werden gesund zur Welt kommen, wenn Mutter Kirche etwas Weihrauch dazu spendet? Oder ist euch ein Fasching im Jahr zu wenig?

Was es für einen Sinn hat mitten im Krieg Kinder zu haben weiß ich nicht. Ob es aber wirklich einen Sinn hat jetzt in dieser repressiven politischen Situation Kinder zu bekommen, weiß ich auch nicht, d.h. es gibt zwei Möglichkeiten: man kann sich ehrlich eingestehen, daß man selbst die Kinder braucht, egal was sie einmal dazu sagen werden, oder man bäut sich die Illusion, daß es für unsere Nachkommen wirklich eine lebenswerte Zeit geben wird, auch wenn man nichts dagegen unternimmt, daß der einzelne immer mehr veraltet wird und seine Emanzipation ständig Rückschläge erfahren muß.

 r r e e
 d e h a l h
 n b t c n l c
 i a s i o a
 K h i s e t S

Es erweitert den Erfahrungs- und Erlebnisbereich. Es ist mehr Leben in der Familie, man hat etwas wofür man arbeitet, man hat etwas worüber man ohne Pause sprechen kann, man hat etwas worauf seine Hoffnungen setzen, man findet Selbstbestätigung in der Reproduktion seiner selbst. Das alles gibt dem Kind einen Sinn für die Eltern und täuscht leicht den über die Interessen des Kindes hinweg,

der physisch gesunde Kinder hat. Wer aber kranken Kindern das Leben „schenkt“ (siehe Jesuheim) wird nicht lange warten müssen um zu merken wie wertvoll solche „Geschenke“ sind, wenn er seine Interessen nicht mehr anmelden kann und damit der Anspruch des Kindes auf Leben viel deutlicher wird (es sei denn, seine kritischen Fähigkeiten sind so verkümmert, daß er in die Kirche zurückläuft wo er getauft wurde und Gott dafür verantwortlich macht und ihm dem „ewig Schweigenden“ die Lösung des Problems überläßt).

Aber auch für ein psychisch gesundes Kind kann so ein „geschenktes Leben“ zum Problem werden. Es hängt ganz von seiner Sensibilität ab, wann ihm die allgegenwärtigen Repressionen und Einschränkungen seines Lebenswillens bewußt werden. Manche Kinder haben schon sehr früh ein Gespür für Repression manche später, viele allerdings erfassen es ihr ganzes Leben lang nicht, daß sie nie voll Mensch waren, sondern nur ein Konglomerat von Teilberelchen, die ihnen von Gesellschaft und Umwelt gerade noch zugestanden, oder, wenn sie sich ausbeuten lassen, in eigener Sache gefördert werden.

Man macht sich die Kinder für die eigene Gegenwart: um eigene Probleme leichter zu tragen — und gebiert sie doch in die Zukunft.

LIEBE ELTERN ICH DANKE EUCH FÜR DAS LEBEN

- weil meine Altersgenossen nicht mit mir spielen wollen
- weil wir in der Schule so strenge Lehrer haben und so viele Dinge tun müssen die uns keinen Spaß machen
- weil die Umwelt schon so verschmutzt ist, daß ich eine Gasmasken tragen und eine strenge Diät halten muß, weil sonst zuviel Gift in den Körper gelangt
- Ich habe meine Umgebung mit so vielen Leuten zu teilen, daß mein gesamter Bewegungsraum genau vorgeschrieben ist
- Es gibt jetzt so viele Polizisten und Spitzeln, die genau aufpassen was man tut und sie schreiben alles auf
- Wenn man Arbeit sucht, muß man einen Test machen und bekommt dann irgendeine Arbeit zugeteilt, egal ob sie einem gefällt oder nicht
- weil mein Freund zum Militärdienst muß, der jetzt 3 Jahre dauert und weil es auch bald wieder Krieg geben wird
- weil meine Freundin und ich keine Kinder haben dürfen, da diese Bevölkerung schon zu groß ist. Die Leute die noch Kinder haben dürfen werden genau ausgesucht, oder man muß sehr viel Geld haben. Außerdem ist es schon aussichtslos geworden über ein freieres und sinnvolleres Leben nachzudenken, geschweige denn es weiterzugeben.

Ich weiß wirklich nicht wozu ich gelebt habe. Nur um euch 20 Jahre eures Lebens interessanter zu machen, muß ich jetzt noch weitere höchst uninteressante Jahre dazuleben? Oder habt ich euch vorgestellt, mein Leben würde durchaus lebenswert sein, auch wenn die Gesellschaft noch von den selben Widersprüchen beherrscht wird wie zu Großvaters Zeiten?

Warum bin ich nicht in einer Großfamilie aufgewachsen

Warum habt ich euch nicht um eine freie Erziehung für mich gekümmert

Habt ihr etwas getan um die Machtposition der großen Fabriken und Konzerne zu beseitigen

Habt ihr eure Politiker dazu gezwungen ohne Kriegsmaschine im Rücken Politik zu machen

Habt ihr mich immer über euren Kampf für eine bessere Gesellschaft informiert und mir gezeigt wie und wo es gilt weiterzumachen

"Böses Lesebuch"

Nachfolgenden Beitrag schickte Helmut Messner als Antwort auf die Glosse „Böses Lesebuch“ von x an die „Dolomiten“. Dort konnte er allerdings keine Aufnahme finden.

Es ist bezeichnend für das, was man beim „Tagblatt der Südtiroler“ für Meinungsfreiheit hält. Uns jedenfalls scheinen Helmut Messners Ausführungen einen wertvollen Beitrag zur Diskussion zu liefern.

Unter der provokanten Überschrift „Böses Lesebuch“ setzte sich in den „Dolomiten“ vom 21. September 1971 ein mit X signierter Autor mit der Lesebuchkritik auseinander, die „anlässlich einer Tagung in Brixen“ (gemeint sind die Südtiroler Forumsgespräche 1971) geäußert wurde. Diese Randbemerkung ist in einer Weise einseitig und polemisch verfaßt, daß im Interesse der Südtiroler Leserschaft und der Südtiroler Schule eine Stellungnahme sowie sachliche Richtigstellung angebracht ist.

Im Rahmen der Südtiroler Forumsgespräche 1971 zum Thema „Bessere Bildungschancen für alle — Bildungsplanung und Reform in Südtirol“ befaßte sich eine der zahlreichen Arbeitsgruppen mit den Südtiroler Volksschullesebüchern, über deren inhaltliche und didaktische Unzulänglichkeit auch innerhalb der Südtiroler Lehrerschaft schon häufig Stimmen laut geworden sind. Die genannte Arbeitsgruppe versuchte, inhaltliche und didaktische Mängel der derzeitigen Volksschullesebücher zu identifizieren und Vorschläge für eine inhaltlich modernere und didaktisch differenziertere Lesebuchkonzeption zu erarbeiten. Sie wurde dabei von einem in Fachkreisen anerkannten Erziehungswissenschaftler beraten, der selbst zusammen mit österreichischen Schulleuten an der Entwicklung neuer Lesebücher für die Volksschule arbeitet. Bevor ich auf die z. T. diffamierenden Äußerungen und unhaltbaren Argumente der in den „Dolomiten“ erschienen Glosse eingehe, referiere ich zusammenfassend über Lesebuchkritik und Verbesserungsvorschläge der erwähnten Arbeitsgruppe (Vgl. „Abschließender Arbeitsbericht“ des Arbeitskreises Pflichtschule-Lehrertfortbildung, S. 8 ff.).

In bezug auf die **inhaltliche Gestaltung** der derzeitigen Südtiroler Volksschullesebücher wird im Arbeitsbericht festgestellt, daß die ausgewählten Texte und behandelten Themen einseitig auf überholte Wirtschafts- und Sozialverhältnisse (z. B. behandelte Berufe) ausgerichtet sind und diese (z. B. Landleben) in unkritischer Weise verherrlichen. Zeitgemäße wirtschaftliche (z. B. neue Berufsfelder), technische und gesellschaftliche Aspekte unserer Umwelt werden entweder umgangen oder verzerrt dargestellt (z. B. Vermenschlichung technischer Einrichtungen, Idyllisierung der bäuerlichen und handwerklichen Lebensform). Diese einseitige thematische Ausrichtung des Lesebuches trägt dazu bei, daß bei den Lesern ein Weltverständnis vermittelt und Wertorientierungen gefördert werden, die ihrer zukünftigen Lebenssituation unangemessen sind. Durch die Vorspiegelung einer „heilen Welt“ werden die Leser ermutigt, ihre Umwelt unkritisch und problemlos wahrzunehmen.

An der **didaktischen Konzeption** der derzeitigen Lesebücher wird bemängelt, daß sie in ihrer Funktion als Lehrmittel nur begrenzte didaktische Möglichkeiten (z. B. Vorlesen, Nachlesen, Nacherzählen) eröffnen und kaum Anreize zum kreativen Herstellen eigener Texte, zum Vergleich und zur Interpretation von Texten sowie zum Sprechen oder Argumentieren enthalten. Die verwendeten Sprachmuster tragen zudem tendenziell dazu bei, daß die Leser in einer gekünstelten Kindersprache verharren.

An die Stelle der traditionellen Lesebücher sollen nach Auffassung der Arbeitsgruppe Lesematerialien treten, die

- die Schüler zu einer kritischen Aufnahme der in Texten aller Art vermittelten Informationen anregen und anleiten;
- die Leser zum Gespräch über Texte, d.h. zum Artikulieren eigener Meinungen ermutigen;

— die Schüler veranlassen, ihren sprachlichen Ausdruck soweit zu differenzieren, daß sie in verschiedenen Situationen ihre Meinung angemessen vertreten können;

— zu einem differenzierten Umweltverständnis der Schüler beitragen, das der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung Rechnung trägt;

— sprachliche Muster liefern, welche den Schülern ein situationsangemessenes Sprachverhalten ermöglichen.

Aus diesen beispielhaft angeführten Zielsetzungen werden Forderungen für die inhaltliche und didaktische Neugestaltung künftiger Lesebücher erhoben. In **inhaltlicher Hinsicht** sollen in künftigen Lesebüchern aktuelle Themenbereiche — z. B. aus Wirtschaft, Politik Freizeit, Sozialwissenschaften — stärker berücksichtigt und konventionelle Themen in neuer Zielsetzung geboten werden. Unter einer linguistischen Betrachtungsweise sollen künftige Lesematerialien neben Texten von vorwiegend literarischem Wert (Lyrik, Prosa, Hörspiele, Märchen...) auch Texte, wie Zeitungsausschnitte, Beispiele von Werbetexten, Protokollen, Telegrammen sowie informative Fotos und Bildmontagen enthalten. Auf diese Weise sollen die Leser nicht nur verschiedene sprachliche Kommunikationsformen kennen und anwenden lernen sondern auch erfahren, daß Texte je nach Situation und Intention eines Sprechers bzw. Schreibers verschieden sind.

Bei den **didaktischen Vorschlägen** wird davon ausgegangen, daß das Lesebuch nicht in erster Linie Übungsmittel zum Lesenlernen sondern ein Lehrmittel zur Förderung und Erweiterung der „kommunikativen Kompetenz“ der Schüler sein soll. Die Schüler sollen lernen, sich in verschiedenen Situationen sprachlich angemessen auszudrücken und ihre eigenen Interessen und Wahrnehmungen zu formulieren. Gleichzeitig sollen sie auch befähigt werden, hinter verschiedenen Textformen Interessen und Tendenzen zu erkennen. Zu diesem Zweck sollen die in künftigen Lesematerialien enthaltenen Texte vielfältige Anregungen und Aufgaben enthalten, die die Volksschüler zum kritischen Textvergleich, zum Produzieren eigener Texte, zur Textinterpretation sowie zum Sprechen veranlassen. Die stereotypen Lesebuchübungen alten Stils sollen auf ein Mindestmaß begrenzt werden. Ein künftiges Lesebuch könnte man in Form einer losen Blattsammlung gestalten, die jederzeit durch Einfälle des Lehrers oder Texte Schüler ergänzt werden kann.

In der mit X gezeichneten Randbemerkung der „Dolomiten“ wird nun keineswegs in einer sachlichen Weise auf diese konstruktive Lesebuchkritik eingegangen und eine begründete Bewertung versucht — wie es in einer demokratisch-offenen Gesellschaft möglich sein sollte — sondern gezielt eine Abwertung und Diffamierung dieser Vorschläge angestrebt und beim unkritischen Leser wohl auch erreicht. Vermutlich sollen auf diese Weise Lehrer, Schulbehörden und Lehrerverbände veranlaßt werden, sich mit den Vorschlägen dieser „vornehmlich jungen Leute, die selber noch keine Kinder haben und überdies auch nie in einer Schule unterrichteten...“ gar nicht erst auseinanderzusetzen und alles beim Alten zu belassen. Eine Diffamierung der oben skizzierten Lesebuchkritik wird dadurch zu erreichen versucht, indem die Vorschläge mit Sätzen wie „ideologisch und klassenkämpferisch bestimmte Modeerscheinung“, „über den Alpenkamm schwappende ‚kulturelle‘ Brähe“ oder „nach den Worten des Vorsitzenden Mac“ in Verbindung gebracht

werden. Diese Technik, kritische Stimmen zu verteufeln und in eine Außenseiterrolle zu drängen, ist eine vielfach praktizierte Diffraktionierungsart. Auf diese Weise werden bürgerlich Ängste und Vorurteile angesprochen, die in der Regel zu einer gefühlsmäßigen Ablehnung der Vorschläge führen.

Abgesehen von diesen unfairen journalistischen Stilmitteln sind die gegen die Lesebuchkritik vorgetragenen Argumente kaum stichhaltig. So wird betont, daß die derzeitigen Lesebücher „in Arbeitskreisen von Südtiroler Volksschullehrern geschaffen wurden, in denen Erzieher mit großer Erfahrung und Praxis tätig sind, denen wir überdies das fast in allen Belangen beispielhafte Funktionieren unserer Volksschule zu verdanken haben“. Den Einsatz und das positive Engagement dieser Lehrer wird niemand in Zweifel ziehen, der die Südtiroler Schule kennt. Angozweifelt werden kann dagegen die Annahme, daß langjährige Praxis eo ipso einen Lehrer befähigt, didaktisch anspruchsvolle Lehrmittel herzustellen. Es ist ein sozialwissenschaftlich bekanntes Phänomen, daß praxiserfahrene und altgediente Mitarbeiter eines Betriebes „betriebsblind“ werden. Ähnliches gilt auch in der Schule. Die didaktischen Muster und Praktiken sogenannter „erfahrener“ Lehrer sind in der Regel so verinnerlicht und automatisiert, daß neue didaktische Möglichkeiten und Ziele gar nicht erst wahrgenommen werden. Die Annahme, daß langjährige Praxis notwendigerweise einen Lehrer didaktisch qualifiziert ist ebenso falsch wie die Annahme GENTILES bei der Reform der Lehrerbildung (1927), daß eine humanistisch-fachwissenschaftliche Ausbildung den Lehrer auch in didaktisch-methodischer Hinsicht befähigt. Ebenso muß der Behauptung widersprochen werden, daß unsere Volksschulen in fast allen Belangen **beispielhaft funktionieren**. Diese Behauptung ist ein beliebtes konservatives Argument, um Selbstzufriedenheit mit dem status-quo unserer Schule zu verbreiten und geforderte Reformen als illusorisch und überflüssig abzutun. Wenn man in Südtirol davon spricht, daß unsere Volksschulen beispielhaft funktionieren, so handelt es sich hierbei um eine (bewußte) Verschleierung des wirklichen Zustandes. Angesichts der hohen Retentionsquoten an den Südtiroler Volks- und Mittelschulen und des hohen Anteils an niederorganisierten Volksschulen ist allzu große Selbstzufriedenheit unangebracht.

Aus der Forderung der Arbeitsgruppe, daß das Lesebuch dem Volksschüler ein realitätsgerechteres Umweltverständnis vermitteln soll, wird in den „Dolomiten“ gefolgert, daß in künftigen Lesebüchern „das Märchen sterben soll“ und „eine solche Kritik unumwunden die Tötung der kindlichen Phantasie verlangt“. Diese geäußerten Befürchtungen gipfeln in der beschwörenden Feststellung, daß „niemand das Recht habe, diese Kinderwelt zu zerstören, die Welt der Phantasie...“. Diese Sätze spiegeln ein weitverbreitetes Vorurteil über Kind-Sein und die kindlich Entwicklung wider. Kind-Sein wird gleichgesetzt mit einem von Phantasie, magischer Denkhaltung und ausgeprägten emotionalen Bedürfnissen gekennzeichneten psychischen Entwicklungszustand. Diese Annahme beruht auf einer entwicklungspsychologischen Stufen- oder Phasentheorie, derzufolge sich Entwicklung als endogen bestimmter Reifungsprozeß von emotional-magischen Bedürfnissen und Fähigkeiten zu rationalen hin vollzieht. Von Pädagogen wird aus dieser anthropologischen Grundannahme gefolgert, daß jede Entwicklungsphase voll „ausreifen“ muß, d.h. vom Kinde voll ausgelebt werden soll. Der Erzieher hat dafür Sorge zu tragen, das Kind vor „Verführungen“, d.h. pädagogischen Einwirkungen, die seinem Entwicklungsstand noch nicht angemessen sind, zu schützen. Mit dem Begriff der Verführung ist aus der Sicht dieses organologischen Menschenbildes gemeint, daß eine

allzufrühe intellektuelle Förderung dem jungen Menschen schade. Diesem Entwicklungsabschnitt sei vielmehr die Pflege emotionaler Beziehungen, die Entfaltung von Phantasie und Vorstellungsvermögen im „freien Spiel“ des Kindes pädagogisch angemessen. Dieses romantische Verständnis von Kindheit hat in zahlreichen didaktischen Konzepten seinen Niederschlag gefunden und ist heute noch trotz gegenteiliger Erkenntnisse der Entwicklungspsychologie Bestandteil des pädagogischen Selbstverständnisses vieler Eltern, Lehrer und Kinderbuchverlage. Die Kindergartenidee von FROEBEL ist wohl das bekannteste didaktische Konzept, dem diese Vorstellung vom Kind-Sein zugrundeliegt. Die in Kinder- und Lesebüchern zahlreich nachweisbaren Anthropomorphismen (z. B. Vermenschlichung technischer Einrichtungen und natürlicher Erscheinungen) sind auf dieses Entwicklungsstadium des sogenannten „Märchenalters“ abgestimmt. Nach den Ergebnissen der neueren Entwicklungspsychologie kann man jedoch mit guten Gründen annehmen, daß das sogenannte „Märchenalter“ der Kinder nicht natur- sondern kulturbedingt ist. Die in unserer Kultur gängigen Vorstellungen vom Kinde und die diesen Vorstellungen entsprechenden erzieherischen Leitbilder begünstigen und fördern eine magische kindliche Denkhaltung. „Diese im organologischen Denken vorherrschende Auffassung von dem genetischen Primat des Emotionalen vor dem Rationalen hat sich spätestens zu dem Zeitpunkt als Trugschluß bzw. als unzulässige Vereinfachung des Problems erwiesen, als gezeigt werden konnte, daß schon in den ersten Lebensjahren das Lernangebot der Umwelt von entscheidender Bedeutung für die kognitive und soziale Entwicklung ist, daß ferner der Einfluß der Umweltanregung auf die Höhe des intellektuellen Niveaus eben in jener Zeit am wirksamsten ist, in der das Entwicklungstempo die größte Beschleunigung aufweist“ (zitiert nach: Hein RETTER: Entwicklungsphasen und Grundschulpädagogik, in: *Gebung und Lernen im Kindesalter*, Bd. 1 Grundschulkongreß '69, Ffm 1970, S. 57). Die Forderung nach thematisch moderneren und anspruchsvolleren „Lesestücken“ rechtfertigt also in keiner Weise die kulturpessimistischen Cassandrarufer, wie sie in der „Randbemerkung“ in den „Dolomiten“ zum Ausdruck gebracht werden.

Auf jeden Fall hat gerade diese Randbemerkung in den „Dolomiten“ gezeigt, wie notwendig es ist, daß die Schuljugend Südtirols rechtzeitig lernt, Zeitungstexte auf ihre Tendenz hin kritisch analysieren zu können, um nicht tagtäglich in seiner Meinung manipuliert zu werden.

Helmut Messner, Teilnehmer an den Südtiroler Forumsgesprächen 1971

Folgen der „natürlichen“ reife

leserbrief der ärztekammer - dolomiten 26. 10. 1971

die ärztekammer zieht aus dem gesetzesvorschlag, daß man nach vollendung des 25. lebensjahres auch ohne reifeprüfung zum universitätsstudium zugelassen werden soll, den schluß, „daß, um es einmal kraß auszudrücken, ein Analphabet mit 28 oder 30 Jahren Magister oder Doktor werden könnte“.

ich ziehe aus der logik der ärztekammer den schluß; daß um es einmal kraß auszudrücken es bisher auch so gewesen sein muß.

Tätigkeit in der Universitätsfrage

Emil Stocker

Zunächst müßte noch einmal nachgeholt werden, daß am 18.3.1971 eine Sitzung der Landesschulkommission stattfand, bei der eine von Assessor Dr. Anton Zelger und Dr. Otto Saurer eingereichte Entschließung mit 16 Stimmen gegen 6 angenommen wurde (6 Stimmen gingen an die Entschließung Seebacher). Diese Entschließung stimmt im allgemeinen mit der am 11.3.1971 von den DOLOMITEN veröffentlichten Minderheitsentschließung der Landesunterschulkommission für Universitätsfragen überein, ausgenommen:

„Die Verantwortlichen sind überdies aufgerufen, durch besondere Maßnahmen einschließlich der Abhaltung von Kursen und Seminaren im Lande allen Lehrpersonen beim Erwerb eines gültigen Studientitels behilflich zu sein und durch gezielte finanzielle Förderung für den nötigen Lehrernachwuchs in Mittel- und Oberschulen zu sorgen.“ (Zusatz zum 4. Absatz).

„Bei einer eventuellen Anhebung der Ausbildung der Volksschullehrer werden neue Wege beschritten werden müssen. Um der durch die neuesten Reformtendenzen in der italienischen Schulpolitik vorgezeichneten Entwicklung gerecht zu werden, ist die Einrichtung eines Pädagogischen Institutes ein dringendes Erfordernis. Dieses Institut könnte auch die Durchführung von methodisch-didaktischen Fortbildungslehrgängen sowie die Beratung der Lehrerschaft auf allen Ebenen und die wissenschaftliche Überarbeitung des Lehrmittelbedarfs und der Lehrbuchbestände übernehmen.“ (Neufassung des 5. Absatzes).

„4 d) der Ausbildung von Werkstudenten bzw. die Organisation von Kursen und Seminaren zum Zweck, dem gesamten Lehrpersonal einen gültigen Studientitel zu sichern.“ (Neufassung des Punktes 4 d) der Empfehlungen).

Bei dieser Sitzung hatte sich ein Mitglied der Landesschulkommission aus Empörung über die in einem Fachausschuß nicht angebrachte erzwungene Kampfabstimmung ohne gründliche Befassung entfernt.

Auch die SVP-Jugend nahm bei ihrer 2. Landesjugendversammlung am 23.5.1971 zu dieser Frage Stellung, wobei sie sich an die eher ablehnende Erklärung der Landesjugendleitung (DOLOMITEN 11.3.1971) hielt, jedoch die Verwirklichung der vom Parteiausschuß vorgeschlagenen Hochschulkurse für Werkstudenten forderte und ihre Bereitschaft bekundete, weitere Schritte zu prüfen.

Am 18.7.1971 behandelte Herr Landeskulturassessor Dr. Anton Zelger den Stand der Hochschulfrage in einer Rede bei der diesjährigen Eröffnung der Paduaner Sommer- und Hilfslehrerkurse (siehe DOLOMITEN 20.7.1971). Er teilte mit, daß leider fast ein Drittel der bei den Hilfslehrerkursen ursprünglich eingeschriebenen Lehrkräfte (424) abhanden gekommen sei, während aber die Verbliebenen gute Erfolge aufzuweisen hätten. Nach einer weiteren Neuauflage seiner Lehrerstandsvorhersage bis 1981, die diesmal die Bedarfszahlen etwas hinaufsetzte, wiederholte Assessor Zelger seine bekannten Stellungnahmen, begrüßte aber auch die zustandegekommene Zusammenarbeit zwischen den Universitäten Innsbruck und Padua als eine zu nützende Gelegenheit. Die anwesenden höchsten Vertreter der Universität Padua unterstrichen diesen Gedanken in verschiedenen Ausführungen. Die ebenso anwesenden höchsten Vertreter der Universität Innsbruck richteten ihre besondere Aufmerksamkeit auf die Südtiroler Schule, die Assessor Zelger gerne „deutsch“ möchte.

Assessor Zelger erwähnte endlich auch die italienische Schule in Südtirol, jedoch mit dem Hinweis, daß ihre Anliegen nicht wesentlich von denen der Schule im übrigen Italien verschieden seien. Das ist eigentlich gleichbedeutend mit der Behauptung, daß für die Südtiroler eine Personen- und nicht eine Gebiets selbstverwaltung das Angebrachte sei. Ob sich die Landesregierung wohl immer ihrer landesbezogenen Aufgaben bewußt ist?

Am 29.7.1971 erschien in der TIROLER TAGESZEITUNG ein Aufsatz von Prorektor Prof. Dr. Robert Muth von der Universität Innsbruck, der den Beitrag dieser Universität zur Südtiroler Bildung aufzeigte und die Vorbereitung einer Universität für Südtiroler ins Auge faßte. Es wurde bedauert, daß die Vorarbeit für die Werkstudentenkurse nicht sehr zügig voranschreitet, und vorgeschlagen, besondere Referate für Südtirol bei der Universität Innsbruck und bei der Südtiroler Landesregierung einzurichten. Ferner könnten Innsbrucker Hochschullehrer in Padua und Paduaner Hochschullehrer in Innsbruck vorlesen. Damit könnte die Universität Innsbruck, die sich als Landesuniversität versteht, noch besser für das Leben in Südtirol vorbereiten. Schließlich möge die Habilitation von Südtiroler Lehrern gefördert werden. Die Erwartungen, die sich an eine Brückenaufgabe einer allfälligen Südtiroler Hochschule knüpfen, seien aber wohl zu hoch gegriffen.

Während der Südtiroler Forumsgespräche vom 6.—11.9.1971 mit dem Gegenstand „Bessere Bildungschancen für alle“ wurde die Hochschulfrage nicht angeschnitten, obwohl auch die Landesschulkommission gefordert hatte, man solle diese bei der Bildungsplanung mitberücksichtigen.

Bei der Sitzung des SH-Ausschusses vom 25.9.1971 wurden Christian Alton und Emil Stocker beauftragt, den derzeitigen Stand der geplanten Werkstudentenkurse zu erkunden, womöglich im Verein mit der Interessengemeinschaft der Supplenten auf Zeit.

Der Ausschuß gab dabei folgende Empfehlungen: Die Kurse sollten a) von einer nicht politischen Trägerschaft vorbereitet und durchgeführt werden (nach der Art der Supplentenkurse); b) allgemein zugänglich sein; c) für Angehörige aller drei Sprachgruppen offen sein; d) auf Zusammenarbeit der Universitäten Innsbruck und Padua aufbauen.

Es sei hier darauf hingewiesen, daß die Schule am 1. Oktober ohne eine neue Oberschule in Südtirol begonnen hat, obwohl von mehreren die Rede war (Sterzing, Brixen, Meran, Unterland). In dieser Zeitung wurde die Vermutung geäußert, daß der verhältnismäßig niedrige Stand der Südtiroler Hochschüler auf den Mangel an Oberschulen zurückzuführen sei. Wenn das stimmt, mögen die Behauptungen, man tue alles für ein zeitgemäßes Hochschulstudium der Südtiroler, durch diese Tatsache ins rechte Licht gerückt werden, sei nun die Geldfrage, die Hilfslehrerfrage oder eine allgemeine Bildungsfeindlichkeit die Schuld. Die Anzahl der Hilfslehrer hat erwartungsgemäß zugenommen.

Demnächst beabsichtigt die von Inspektor Dr. Karl Seebacher geleitete und seit einigen Monaten bestehende Unterkommission zur Erarbeitung von Vorschlägen für die Errichtung eines pädagogischen Instituts ihre Ergebnisse der Landesschulkommission vorzulegen.

Inzwischen ist das italienische Hochschulneuordnungsgesetz, nachdem es vom Senat verabschiedet worden ist, in die Vollversammlung der Abgeordnetenkammer gelangt. Abgesehen davon, daß die Fakultäten abgeschafft werden sollen und die Fachschaften an ihre Stelle treten, wird die Universität zum Mittelpunkt der fortwährenden Bildung der Staatsbürger gemacht. Jede Region soll in Zusammenarbeit mit den dort befindlichen Universitäten einen mehrjährigen Bildungsplan, regionale Universitätsvorschau genannt, aufstellen. Diese Pläne sollen dann mit der Wirtschaftsplanung in Übereinstimmung gebracht und zu einem staatlichen Bildungsplan ausgearbeitet werden. Damit würde die soeben durch das Paket entmachtete Region höhere Zuständigkeit über die Südtiroler Bildungsbestrebungen, und im besonderen sofort über das Studienbeihilfswesen, erhalten. Nach dem jetzigen Stand würden der Universität Trient die Rechte und die Pflichten einer Landesuniversität erteilt werden.

Damit neben der Wirtschaftsplanung auch die Bildungsplanung eine Zuständigkeit des Landes werde, hat die Südtiroler Hochschülerenschaft mit einem Brief an Abgeordneten Dr. Mitterdorfer und Landeshauptmann Dr. Magnago das entsprechende Vorgehen der Südtiroler Abgeordneten unterstützt und dessen Notwendigkeit unterstrichen (siehe ALTO ADIGE 27.10.1971).

die unruhen an den Oberschulen

christian alton

die protestaktionen, die seit einiger zeit von unseren obereschülern gegen das, was sie als unterdrückung und willkür empfinden oder gegen professoren, deren unterrichtsmethoden und inhalte sie für nicht zeitgemäß halten, gerichtet werden, sollten nicht als ereignisse isoliert betrachtet, sondern im zusammenhang mit den bestrebungen nach mitbestimmung und mitgestaltung im unterricht gesehen werden.

es hieße die bedeutung derer, gegen die sich die akzionen richten, überschätzen, wolite man in ihnen selbst die ursache für die unruhen sehen.

diese ursachen liegen im system, und eine untersuchung darüber wäre fällig; wir konnten diese bisher nicht erbringen und beschränken uns daher in dieser nummer darauf, eine (unvollständige) liste der ereignisse zur kenntnis der leser zu bringen.

anfang juni: die beiden schüler der 3. klasse b des klassischen lyzeums „walther von der vogelweide“ in bozen, monika gasser und erwin proßliner, sollen nicht zur reifeprüfung zugelassen werden.

8. bis 11. juni: aus solidarität mit den beiden schülern tritt ein teil der mitschüler in hungerstreik.

11. juni: inspektor pino dinacci wird vom unterrichtsministerium mit der untersuchung des falles beauftragt. die entscheidung wird wegen eines formfehlers aufgehoben.

anfang juli: reifeprüfung. die schüler blattner, brunelli, v. elzenbaum, müller, proßliner, vigl, zeiser werden nicht für reif erklärt.

1. august: eingabe beim ministerium für unterricht: die prüfung soll für ungültig erklärt und wiederholt werden.

4. august: der vorsitzende der sh ersucht den unterrichtsminister um eine strenge untersuchung der vorfälle (1).

8. september: da bis zu diesem zeitpunkt keine antwort von seiten des ministers erfolgt, findet in bozen eine pressekonferenz der beteiligten statt.

9. september: öffentliche diskussion in brixen.

10. september: öffentliche diskussion in bozen.

11. september: beginn eines sitzstreiks vor dem schulgebäude.

11./12. september: in der nacht erfolgt ein bombenanschlag auf die demonstrierenden. ein teilnehmer wird schwer verletzt. damit sind die vorfälle zu einer rein politischen auseinandersetzung geworden, wobei das schulproblem in den hintergrund gedrängt wurde.

13. september: 2. brief des vorsitzenden der sh an den unterrichtsminister (2). der vizebürgerkommissär und der landeshaupt-

mann werden in einem brief aufgefordert, alles in ihrer macht stehende zur wiederherstellung der öffentlichen ordnung zu tun.

mitte september: mitteilung durch den schulamtsleiter, daß der rekurs beim unterrichtsministerium abschlägig behandelt worden ist. die schüler müssen die klasse wiederholen.

der darauffolgende hungerstreik wird nach einigen tagen ergebnislos abgebrochen.

anfang oktober: veröffentlichung einer resoluzion, die im namen des gesamten professorenkollegiums des klassischen lyzeums bozen abgefaßt worden ist (alto adige 2.10., dolomiten 4.10.) (3).

9. oktober: protestaktion gegen die versetzung von direktor lovera und professor langer.

18. oktober: die schüler der 1. und 2. klasse lyzeum meran verlangen die ersetzung des deutschprofessors schmalzl, dessen unterricht sie in einem brief an den direktor als „unserer Ansicht nach anspruchslos, oberflächlich, jedes kritischen Wortes ermangelt...“ bezeichnen.

22. oktober: veröffentlichung einer zuschrift des professorenkollegiums des gymnasiums „walther von der vogelweide“ in den dolomiten; darin distanzieren sich die professoren weitgehend von den behauptungen der 1. resoluzion, mit der begründung, diese nicht vor der veröffentlichung gekannt zu haben.

27. oktober: beginn der streikmaßnahmen gegen den griechisch-unterricht von prof. sepp durch die 3. b des klassischen lyzeums bozen. „... prof. Sepp. (hat) seinen Unterricht nur auf Angst und notenterror aufgebaut“.

anfang november: auf wunsch der eltern nehmen die schüler im lyzeum meran wieder normal am unterricht teil. prof. sepp verzichtet auf den unterricht in der 3. klasse b.

(1) „Gli avvenimenti che si sono verificati nel Ginnasio-Liceo 'Walther von der Vogelweide' e che hanno trovato una conclusione provvisoria nel fatto che sette studenti sono stati respinti all'esame di maturità, hanno causato inquietudine e preoccupazione fra la popolazione sudtirolese e soprattutto fra la gioventù che studia.“

Siamo ben lontani dalla presunzione di esprimere un giudizio sugli avvenimenti, siamo però convinti che è assolutamente necessario nell'interesse della reputazione della scuola di sottoporre i fatti ad una indagine severa ed imparziale, senza riguardo alla persona.
La preghiamo quindi di prendere al più presto possibile tutti i provvedimenti necessari affinché venga ripristinata la certezza del diritto, uno dei pilastri fondamentali del sistema democratico.“

(2) „Nella mia lettera del 4 agosto 1971 (Raccomandata N. 5413) La pregai di sottoporre ad una severa inchiesta gli avvenimenti al Liceo classico di lingua tedesca 'Walther von der Vogelweide', per ristabilire la fiducia nella certezza del diritto. Purtroppo da parte Sua finora non ci è giunta alcuna risposta né reazione. Ho motivato la mia richiesta con un chiaro accenno all'inquietudine fra la popolazione sudtirolese, e soprattutto fra la gioventù che studia. Purtroppo le mie previsioni si sono avverate. Nella notte dall'11 al 12 settembre u.s. è stato commesso un attentato con evidente fine di uccidere contro cit-

tadini riuniti in assemblea davanti al Liceo in seguito all'esito degli esami di maturità. Con una decisione tempestiva in merito Lei potrebbe evitare un ulteriore inasprimento della situazione. La prego urgentemente di prendere questa decisione, affinché non succedano nuovi fatti deplorabili, per i quali Lei non potrebbe assumersi la responsabilità.“

(3) das dokument, das laut dolomiten „an Deutlichkeit nicht viel zu wünschen übrig läßt“, wäre wert, im vollen wortlaut veröffentlicht zu werden. da dies aus platzgründen nicht möglich ist, müssen wir uns mit einigen markanten stellen begnügen:

„Kein einziges Mitglied des ganzen Kollegiums hat in seiner ganzen Zeit der Zusammenarbeit mit dem Direktor auch nur die geringste Einschränkung der Gedanken- und Lehrfreiheit zu verspüren bekommen...“

„... das unkollegiale Verhalten Dr. Langers (ist) zur Einschüchterung, Bedrohung und moralischen Zwang angewachsen...“

„Nach zwei Jahren einer Lage, die mit menschlicher Würde und Achtung des Lehrberufes nicht mehr zu vereinbaren ist, drückt der Lehrkörper den lebhaften Wunsch aus, daß im Gynnasium-Lyzeum 'W. v. d. Vogelweide' eine wirkliche demokratische Haltung, Gewissens-, Meinungs- und Urteilsfreiheit ihren Platz finden.“

Aus der Tätigkeit der SH

Walter Tappeiner

Referendum

Beim Referendum, an dem sich 279 Mitglieder der Hochschüler-schaft beteiligten, sprachen sich 28 Hochschüler, also 10%, für und 245 (87,8%) gegen die Auflösung aus (6 Enthaltungen). Der hohe Prozentsatz, der sich für die Beibehaltung entschied, soll nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Beteiligung eher gering war. Dafür kann man einige Gründe anführen: der ungünstige Zeitpunkt brachte es mit sich, daß ein Großteil der Studenten an italienischen Hochschulen bereits in Ferien war. Einige Wortführer für die Auflösung und Nichtmitglieder propagierten gegen die Teilnahme mit der Begründung, daß es sich nicht um eine echte Entscheidung, sondern nur um eine Umfrage gehandelt habe.

Das Ergebnis stellt jedenfalls den Auftrag dar weiterzuarbeiten. Vielleicht sollte daher das Schwergewicht mehr auf die Tätigkeit der Standsvertretung als auf eine politische Betätigung gelegt werden. Es dürfte allerdings schwerfallen, da eine scharfe Grenze zu ziehen.

Stafuten

Bei der Ausschußsitzung vom 25. September wurden dem Ausschuß Vorschläge zur Statutenänderung unterbreitet und ausnahmslos angenommen. Schwerpunkte waren: Änderung des Wahlmodus in den Ausschuß; zahlenmäßige Verkleinerung des Ausschusses, Ver-

kleinerung des Vorstandes durch Zusammenlegung von Referaten bzw. Möglichkeit, den Vorsitzenden hauptamtlich mit den Aufgaben des Vorstandes zu betrauen; Aufwertung des Amtes des Ausschußvorsitzenden; Zusammenlegung des Aufsichtsrates mit dem Schiedsgericht; Verschiebung des Tätigkeitsjahres von September bis September, um eine Übereinstimmung mit dem akademischen Jahr zu erzielen.

Sobald die neuen Statuten geschrieben sind, werden sie an die Gruppen geschickt.

Weitere Beschlüsse des Ausschusses

Im Zusammenhang mit der drohenden Auflassung der Spritzmittel-fabrik Margesin in Lana wurde vom Ausschuß ein Brief an den Herrn Landeshauptmann Magnago gerichtet, in dem dieser er-sucht wird, alle Maßnahmen zur Erhaltung des Werkes und damit der Arbeitsplätze zu ergreifen. Der Text wurde in der Zeitung ALTO ADIGE vom 29.9.1971 veröffentlicht. Dr. Magnago versicherte in seinem Antwortschreiben vom 29.9.1971, sich in diesem Sinne zu verwenden.

Die Kollegen Huber und Tappeiner wurden beauftragt, die Bestim-mungen für die zukünftige Zuteilung von Staatsstipendien an Stu-dierende im Ausland zu untersuchen und Vorschläge auszuarbeiten. Emil Stocker und Christian Alton wurden beauftragt, die Stellung-nahmen der verschiedenen interessierten Parteien zu den zu errich-tenden Werkstudentenkursen zu erkunden und den Mitgliedern des Ausschusses darüber zu berichten.

Zum Vorsitzenden für das Jahr 1972 (Amtsdauer bis September) wurde mit 11 Jastimmen bei 6 Enthaltungen der bisherige Vorsit-zende Christian Alton gewählt.

VISUM FÜR ÖSTERREICH

Im letzten „Skolast“ wurde mitgeteilt, daß das Österreichische Gene-ralkonsulat in Mailand die Reisepässe auf Wunsch kostenlos mit dem nötigen Visum versieht.

Zu diesem Zweck ist es notwendig, ein Formular auszufüllen, das im Sekretariat der SH in Bozen erhältlich ist. Dieses muß dann zu-sammen mit dem Paß an das Österreichische Generalkonsulat nach Mailand, Via Mascheroni 25, gesandt werden. Von dort wird der Paß dann an die Heimatadresse zurückgeschickt.

STIPENDIEN

Der Landesauschluß Bozen hat einen Wettbewerb zur Vergebung von 35 Studienstipendien zu je 400.000 Lire an Hochschüler, die in-ländische Universitäten oder gleichgestellte Höhere Institute im In-land besuchen — akademisches Jahr 1971/72 — ausgeschrieben.

Einreichungstermin für die Gesuche ist der 15. Dezember 1971. Ein weiterer Wettbewerb zur Vergebung von 35 Studienstipendien zu je 350.000 Lire an Hochschüler, die ausländische Universitäten oder gleichgestellte Höhere Institute im Ausland besuchen — eben-so für das akademische Jahr 1971/72 — wurde vom Landesauschluß Bozen ausgeschrieben.

Einreichungstermin für die Gesuche ist der 20. Dezember 1971. Die Ausschreibungen wurden an alle Hochschulgruppen gesandt und können im Sekretariat der Südtiroler Hochschüler-schaft in Bozen angefordert werden.

Über das italienische Außenministerium werden auch im akademischen Jahr 1972/73 wieder Stipendien ver-geben, die von zahlreichen europäischen und außer-europäischen Ländern zur Verfügung gestellt werden. Es handelt sich vorwiegend um Forschungsstipendien für Akademiker.

Die Ausschreibung kann im Sekretariat der Südtiroler Hochschüler-schaft eingesehen oder beim Ministero degli Affari Esteri — Direzione Generale delle Relazioni Culturali — Ufficio IX, 00100 Roma, angefordert werden.

FERIENBESCHÄFTIGUNG FÜR SCHÜLER UND STUDENTEN

Das Verkehrsunternehmen für alle großen Reiseunternehmen Deutsch-lands bietet interessante und lohnende Ferienbeschäftigung als **Zugbegleiter** in Turnussonderzügen.

In Frage kommen junge Männer im Alter von mindestens 18 Jahren, die sich für mindestens 2 Monate und länger verpflichten. Frühester Einstellungstermin ist der 15. Mai, spätester der 1. August 1972.

Einsatzorte sind Dortmund und Hamburg. Für preiswerte Unterkunft wird gesorgt. Die Sonderzüge fahren nach: Spanien, Italien, Öster-reich, Ungarn, Jugostawien, Schweiz und nach allen deutschen Feri-engebieten.

Die Aufgaben der Zugbegleiter sind: Aufrüsten eines Wagens vor Abfahrt des Zuges im Betriebsbahnhof, Einsteighilfe für die Fahr-gäste, die in Dortmund oder Hamburg beginnend einsteigen, Ver-kauf von Kaltgetränken und des Frühstückes in den Wagen, Herrich-ten der Abteile für die Nachtruhe.

An den Zielorten sind Aufenthalte von mehreren Stunden, die zur freien Verfügung stehen. Auf der Rückfahrt die gleichen Aufgaben wie bei der Hinfahrt. Die Fahrtumläufe dauern je nach Zielort 1, 2 oder 3 Tage.

Es wird sehr gute Entlohnung geboten!

Anmeldungen und Informationen bis 10.1.1972 bei:

Oskar Peterlini, 39044 Neumarkt, Bahnhof 10, Telefon 81 5 59

REGIONALBEITRAG FÜR DISSERTATIONEN

Wir möchten alle Doktoranden darauf hinweisen, daß die Region Trentino-Südtirol für Dissertationen, die von regionalem Interesse sind, in beschränktem Maße einen Beitrag gewährt. (Kap. 415 der Regionalbilanz: „Premi e sussidi da assegnarsi per studi ed opere su argomenti regionali o di interessi regionali“.)

Eine Kommission entscheidet über die Zuweisung.

Das entsprechende Gesuch auf stempelfreiem Papier mit Angabe der Benotung der Arbeit ist zu richten an das

Generalinspektorat für Finanzen und Vermögen der Region Trentino-Südtirol - Via Gazzoletti - 38100 Trient.

Dem Gesuch ist 1 Exemplar der Dissertation beizulegen.

Anschriften der SH - Buden

Südtiroler Hochschülerschaft
Hochschulgruppe Graz
Prokopigasse, 1
A-8010 GRAZ

Südtiroler Hochschülerschaft
Hochschulgruppe Innsbruck
Fallmerayerstraße, 12/III
A-6020 INNSBRUCK

Südtiroler Hochschülerschaft
Hochschulgruppe Salzburg
Wolf-Dietrich-Straße, 25
A-5020 SALZBURG

Südtiroler Hochschülerschaft
Hochschulgruppe Wien
Führichgasse, 10/III
A-1010 WIEN

Südtiroler Hochschülerschaft
Hochschulgruppe Florenz
Piazza San Lorenzo, 7
50123 FLORENZ

Südtiroler Hochschülerschaft
Hochschulgruppe Padua
Via Carlo Dottori, 4
35100 PADUA

Südtiroler Hochschülerschaft
Hochschulgruppe Verona
Vicolo Dietro S. Francesco, 6
37100 VERONA

Flugball und Korbball

Die Südtiroler Hochschülerschaft veranstaltet auch heuer wieder zu Beginn der Weihnachtsferien (20., 21., 22. Dezember) in Bozen ein Flug- und Korbballturnier.

Teilnahmeberechtigt sind Mannschaften der einzelnen Hochschulgruppen, Altakademiker und der Oberschulen (3., 4., 5. Klasse). Die Mannschaften sollen nach Möglichkeit in einheitlichen, nummerierten Leibchen antreten.

Der genau Spielplan, Ort und Beginnzeiten werden sofort nach der Verlosung den teilnehmenden Mannschaften mitgeteilt.

Studienabschlüsse

Januar 1970—Juli 1971

Theologie	5
Philosophie/Geschichte	14
Philologie	14
Dolmetscher	1
Pädagogik	2
Rechtswissenschaften	16
Staatswissenschaften	2
Medizin	23
Veterinärmedizin	1
Pharmazie	1
Naturwissenschaften	8
Land- und Forstwirtschaft	4
Technik	11
Architektur	7
Wirtschafts- und Handelswissenschaften	19
Soziologie	2
Musik	3
Kunst	2
Leibeserziehung	5

Insgesamt: 140

Stellenwettbewerb

Die Handels-, Industrie-, Handwerks- und Landwirtschaftskammer Bozen hat einen öffentlichen Wettbewerb mit Prüfungen für eine Stelle als „Consigliere“ auf Probe in der höheren Laufbahn ausgeschrieben, welche Angehörigen der deutschen Sprachgruppe vorbehalten ist.

Einreichungstermin für die Gesuche ist der 5. Jänner 1972. Am Wettbewerb teilnehmen können Inhaber des Doktorats in Rechtswissenschaften, Wirtschafts- und Handelswissenschaften, Staatswissenschaften, Sozialwissenschaften od. gleichwertiger Titel.

Die genauen Bestimmungen können beim Sekretariat der Südtiroler Hochschülerschaft, Waltherhaus, 39100 Bozen, eingesehen werden.

ADRESSENSCHREIBEN - HÖCHSTVERDIENST
Postfach 77, D-3509 Spangenberg.

Bessere Bildungschancen für alle Skolast-Sondernummer 1971

Die Sondernummer 1971 des Skolast ist in Vorbereitung.
Sie bringt

1. eine Zusammenfassung der Arbeitspapiere, die bei den Forumsgesprächen '71 in Brixen vorlagen;
2. die Ergebnisse der einzelnen Arbeitskreise dieser Forumsgespräche;
3. das Bildungsprogramm des Forums (Entwurf).

Umfang: 60 bis 80 Seiten.

Der Preis richtet sich nach der Auflage und wird zwischen 500 und 800 Lire liegen.
Voraussichtlicher Zeitpunkt des Erscheinens: Jänner 1972.

Bestellungen an:

Südtiroler Hochschülerschaft, Tel. 24 6 14
oder Forum für Bildung und Wissenschaft,
Tel. 25 8 07, beide 39100 Bozen, Waltherhaus.

Statistik

Fakultät und Fachgruppe	Italien	Österreich	Deutschland	And. Staaten	Insgesamt
THEOLOGIE					
Katholisch	48	26	16	1	91
PHILOSOPHIE/PHILOLOGIE					311
Philosophie	5	11	5		
Altphilologie		13	1		
Neuphilologie/Geschichte	4	63	2		
Neuphilologie/Germanistik	6	53	2		
Neuphilologie/Fremdsprachen	70	4		1	
Dolmetscher		5			
Pädagogik	4	16	2		
Psychologie	1	19	4		
Leibeserziehung	2				
Zeitungswissenschaften	1	2	2		
Theaterwissenschaften	1	2			
Kunstgeschichte	2	6	2		
RECHTSWISSENSCHAFT					
Rechtswissenschaften	61	27	4		92
STAATSWISSENSCHAFTEN					
Staatswissenschaften	7	5	3		15
MEDIZIN					
Medizin	25	141	3	1	170
VETERINÄRMEDIZIN					
Veterinärmedizin	2	9	1		12
PHARMAZIE					
Pharmazie	5	3			8
NATURWISSENSCHAFTEN					
Naturwissenschaften	3	4			98
Biologie	4	22			
Chemie	3	10	3		
Geologie	1	6			
Mathematik und Physik	7	31	4		
LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT					
Landwirtschaft	5	10			25
Forstwirtschaft		5			
Gärungstechnik		4			
Kulturtechnik		1			
TECHNIK					
Elektrotechnik	3	17	4		142
Nachrichtentechnik	2	3	1		
Maschinenbau	5	16	3		
Wirtschaftsingenieurwesen		4			
Bauingenieurwesen	16	25	2		
Architektur	4	34	1		
Montanistik		1			
WIRTSCHAFTS- UND SOZIALWISSENSCHAFTEN					
Handelwissenschaften	71	21			154
Sozialwissenschaften	16	4	2	1	
Volkswirtschaft		11	3		
Wirtschaftswissenschaften	2	2	1	2	
Sozialwirtschaften	1				
Betriebswirtschaft	2	10	4	1	
KUNSTAKADEMIE					
Architektur	2	2			51
Bildhauerei		5	1		
Malerei und Grafik	1	7	2		
Musik	8	21	2		
INSGESAMT	401	681	80	7	1169

Bemerkungen:

1. Diese Statistik kann nicht Anspruch auf Vollständigkeit erheben, da sie zum allergrößten Teil nur die Mitglieder der SH erfaßt. Zudem ist die eventuelle Änderung der Fachrichtung bzw. des Hochschulortes sehr schwer feststellbar, da dies oft nicht mitgeteilt wird.
2. Das große Problem, nämlich die Erstellung einer umfassenden Statistik über alle Südtiroler Hochschulöler, konnte bisher leider noch nicht gelöst werden. Man wird sich in dieser Hinsicht aber weiterhin bemühen. Auf jeden Fall ist geplant, im Dezember unter den diesjährigen Maturanten versuchsweise eine Umfrage bezüglich Weiterstudium, Fachrichtung und Hochschulort zu machen.

Promotionen

ABRAM Elmar, Altrei

Diplom für Leibeserziehung an der Sporthochschule Urbino.

v. AUFSCHNAITER Reinhard, Bozen

Promoviert zum Doktor der Handels- und Wirtschaftswissenschaften an der Universität Venedig. Dissertationsthema: „Die Einmanngesellschaft (Handelsrecht)“.

BENEDIKTER Luis, Bozen

Promoviert zum Doktor der Sprach- und Literaturwissenschaften an der Universität Verona. Dissertationsthema: „Stand des deutschsprachigen Volkstheaters in Südtirol heute“.

BRAITO Kurt, Bozen

Graduiert zum Diplom-Ingenieur, Fachrichtung Wirtschaftsingenieurwesen, an der Technischen Hochschule Graz. Diplomarbeit: „Baubetrieb und Netzplantechnik. I. Teil: Allgemeine Untersuchungen. II. Teil: Praktische Anwendung im Industriebau.“

EBNICHER Gottfried, Terlan

Promoviert zum Doktor der Philosophie, Fachrichtung Geschichte, an der Universität Innsbruck. Dissertationsthema: „Der Grundbesitz des Stiftes Wilten in Südtirol bis ins 18. Jahrhundert.“

v. FIORESCHY Monika, Bozen

Sponsion zum Magister artis an der Kunstakademie Wien.

FORER Albert, Bruneck

Promoviert zum Doktor der Philosophie, Fachrichtung Geschichte/Germanistik, an der Universität Innsbruck. Dissertationsthema: „Die nachtridentinischen kirchlichen Verhältnisse in der Diözese Brixen von 1570—1613 im Spiegel der Visitationsprotokolle.“

GRITSCH Josef, Naturns

Promoviert zum Doktor-Ingenieur an der Universität Padua. Dissertationsthema: „Studio delle sollecitazioni di una volta composta di elementi di paraboloide iperbolico col metodo degli elementi finiti.“

GUTMANN Siegfried, Bozen

Promoviert zum Doktor der Handels- und Wirtschaftswissenschaften an der Universität Verona. Dissertationsthema: „Le funzioni amministrative tipiche della Provincia di Bolzano con particolare riferimento alle innovazioni previste dal disegno di legge costituzionale n. 2216 del 19.1.1970.“

KADAWY Kurt, Meran

Promoviert zum Doktor der Medizin an der Universität Wien.

KANEIDER Albert, Lüssen

Promoviert zum Doktor der Rechtswissenschaften an der Universität Innsbruck.

KIENZL Engelbert, Meran

Sponsion zum Magister der Pharmazie an der Universität Innsbruck.

KOSTNER Friedrich, Brixen

Promoviert zum Doktor der Physik an der Universität Padua. Dissertationsthema: „Esperienze e tecniche di fisica dei neutroni.“

LÖSCH Georg, Lana

Promoviert zum Doktor der Rechtswissenschaften an der Universität Ferrara. Dissertationsthema: „L'immissione delle masse cattoliche nella politica italiana da Pio IX al Patto Gentiloni“.

PIOCK Richard, Meran

Promoviert zum Doktor der Handelswissenschaften an der Hochschule für Welthandel Wien. Dissertationsthema: „Social Costs und ihre Problematik in wohlfahrtsökonomischer Sicht.“

PÖRNBACHER Ignaz, Olting

Promoviert zum Doktor der Rechtswissenschaften an der Universität Modena. Dissertationsthema: „Storia della politica internazionale in ordine al Tirolo.“

RAIFER Peter Paul, Girlan

Promoviert zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck.

STEINER Peter, Mühlwald

Promoviert zum Doktor der Rechtswissenschaften an der Universität Modena. Dissertationsthema: „Verwaltungsrechtliche Einschränkungen und Servituten. Problem der Entschädigung beider Institute.“

STOCKER Hans, Meran

Promoviert zum Doktor-Ingenieur an der Universität Padua. Dissertationsthema: „Studio di una coppia di elementi di paraboloide iperbolico per una copertura di grande luce“.

TASSER Rudolf, St. Johann/A.

Promoviert zum Doktor der Philosophie, Fachrichtung Geschichte-Germanistik, an der Universität Innsbruck. Dissertationsthema: „Die Geschichte des Kup-

ferbergwerkes Prettau von den Anfängen bis 1676“.

TRAFÖJER Karl, Meran

Promoviert zum Doktor der Philosophie, Fachrichtung Geschichte, an der Universität Wien. Dissertationsthema: „Die innenpolitische Lage in Südtirol 1918—1925“.

UNTERHUBER Ewald, Meran

Promoviert zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck.

WALLNÖFER Karl, Prad

Promoviert zum Doktor der Handels- und Wirtschaftswissenschaften an der Universität Verona. Dissertationsthema: „Die Probleme und Perspektiven der Wirtschaft Österreichs.“

WELPONER Christian, Bozen

Promoviert zum Doktor der Staatswissenschaften für den Orient an der Universität Neapel. Dissertationsthema: „Die chinesischen Arbeiter auf den Tabakplantagen von Ost-Sumatra.“

WELPONER Roland, Bozen

Promoviert zum Doktor der Handels- und Wirtschaftswissenschaften an der Universität Verona. Dissertationsthema: „Il Marketing internazionale in una strategia di sviluppo delle esportazioni.“

WIESER-DANIELI Helene, Brixen

Promoviert zum Doktor der Pädagogik an der Universität Padua. Dissertationsthema: „Ricerca sulla formazione di stereotipi etnico-regionali nella preadolescenza.“

ZANON Paul, Meran

Promoviert zum Doktor der Handelswissenschaften an der Hochschule für Welthandel Wien. Dissertationsthema: „Lohnpolitik und Einkommensverteilung unter Berücksichtigung der mit der verteilungspolitischen Zielsetzung konkurrierenden Postulate.“

ZELGER Alois, Deutschhofen

Promoviert zum Doktor der Rechtswissenschaften an der Universität Modena.

sucht junge Nachwuchskräfte für eine weitgehend selbständige Tätigkeit in modernen, bestens eingerichteten Fertigungsstätten. Auf qualifizierte Bewerber warten interessante Entwicklungsaufgaben mit zukunftsweisenden Lösungen. Das Betriebsklima ist anerkannt gut; die sozialen Leistungen liegen über dem Durchschnitt.

Wir suchen für die Entwicklungsabteilung

Maschinenbau Ingenieure (Dipl. grad.)
Maschinenbau Techniker
Konstrukteure (Ing. grad.)

Für die Patentabteilung

Patentingenieure (Dipl. Ing.)

Für die Elektronik-Abteilung

Entwickler Ing. (grad.)
Elektronik Techniker
Schaltmechaniker

Außerdem bieten wir

Ingenieuren in Optik und Feinwerktechnik
Absolventen der Refa-Schule sowie
Fotolaboranten

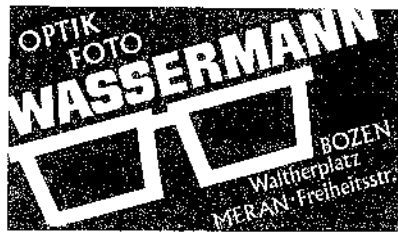
interessante und ausbaufähige Lebensstellungen.

Bewerbungen sind an das Personalbüro der **Durst** AG
Industriezone, 39042 Brixen, erbeten.

HELFT DEM SÜDTIROLER KINDERDORF

Zentralkanzlei: 39012 Meran, Rennweg 52
Telefon 30 2 87, Sparkasse Meran, Konto 660900

DAMIT AUCH DAS ARME, VERLASSENE KIND EIN NÜTZLICHES MITGLIED DER MENSCHLICHEN GESELLSCHAFT WERDEN KANN. DIE ZUKUNFT UNSERES LANDES LIEGT IN DEN HÄNDEN UNSERER KINDER. DIE ZUKUNFT UNSERER KINDER LIEGT IN UNSERER HAND.



Ihr Brillen- Fachgeschäft

Komplette Einrichtung
für jede Spezialisierung

Auch Übernahme bzw. Vermittlung
von Einrichtungen aus zweiter Hand

Medizinische Apparate
und Instrumente,
Sanitätsartikel,
Laboratoriumsgeräte

Okkasione
Zahlungserleichterungen

Sanitätshaus

Ladurner

HOSPITALIA

MERAN - Freiheitsstr. 146/a - Tel. 0473-31 2 22

skolast

Südtiroler Hochschülerzeitschrift

Herausgeber und Verwaltung:
Südtiroler Hochschülerschaft,
39100 Bozen, Waltherhaus, Tel. 24 6 14

Redaktion: CHRISTIAN ALTON
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Walter Fill

Druck: TYPOGRAF, 39100 Bozen, Museumstr. 41 - Tel. 21 9 27
Klischees: L. STAMPFER, 39100 Bozen, Wangergasse 22, Tel. 23 0 39
Anzeigen: Kurt LIBARDI, 39012 Meran, Romstraße 114, Tel. 30 7 88
Anzeigenpreis: di 60 mm breite Zeile L. 60

Skolast, 6 Hefte im Jahr Einzelpreis Lire 300

Abonnement: Italien Lire 1500
Österreich 58 70
Deutschland DM 12

Italien: Postsparkasse Konto Nr. 14/1177, Bozen
Österreich: Creditanstalt - Bankverein Innsbruck
Konto Nr. 89-64371
Deutschland: Bayerische Staatsbank, München, Konto Nr. 94-098

Die Artikel geben die Meinung der Autoren wieder.
Eintragung: Landesgericht Bozen R. St. I/56, Erlaß vom 18. Juni 1956
Sped. in abb. post. - Gruppe IV

Meran
Dr. Herbert Kofler
Guntzschauer 13
39100 BOZEN